

Natalie Plhak



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

MITTELAMERIKAS CASH CROPS IM ENTWICKLUNGSPOLITISCHEN MEDIUM

Verfasserin

Natalie Plhak

Angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag. Phil.)

Wien, im Oktober 2008

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 057 390

Studienrichtung lt. Zulassungsbescheid: Internationale Entwicklung

Betreuerin: a.o. Univ.-Prof. Dr. Martina Kaller-Dietrich

Anmerkung

In der vorliegenden Arbeit sind Formulierungen zur Bezeichnung von Personen geschlechtsneutral zu verstehen, wobei zur Vereinfachung und für den Lesefluss zumeist die männliche Form gewählt wurde. Diese schließt jedoch ausdrücklich die weibliche Form mit ein.

1. ERKENNTNISSINTERESSE.....	1
2. FORSCHUNGSSTAND	6
2.A. ENTWICKLUNGSPOLITISCHE NGOS	6
2.B. ÖFFENTLICHKEITSARBEIT VON ENTWICKLUNGSPOLITISCHEN NICHT- REGIERUNGSORGANISATIONEN	8
2.b.1. <i>Solidaritätsorganisationen des alternativen Handels und Öffentlichkeitsarbeit.....</i>	<i>12</i>
3. THEORIE.....	15
3.A. BEGRIFFSKLÄRUNG	15
3.B. ELEMENTE DER KRITISCHEN DISKURSANALYSE	16
4. METHODE.....	20
5. DISKURSRELEVANTE ORGANISATIONEN	23
5.A. BUKO AGRAR KOORDINATION (=BUKO AK)	23
5.B. BANAFair (=BF).....	25
5.C. INFORMATIONSBÜRO NICARAGUA (=IBN)	28
5.D. KAFFEEKAMPAGNE EL SALVADOR (=KKES)	31
6. DISKURSANALYSE DER BUKO AGRAR DOSSIERS.....	35
6.A. STRUKTUR UND ORGANISATION DER BUKO AGRAR DOSSIERS	35
6.a.1. <i>Themen der Agrar Dossiers</i>	<i>38</i>
6.a.2. <i>Selbstverständnis der Agrar Dossiers</i>	<i>41</i>
6.B. FEINANALYSE AUSGEWÄHLTER ARTIKEL	42
7. SCHLUSSFOLGERUNGEN	71
7.A. SPRACHLICHE MITTEL.....	71
7.B. SCHWERPUNKTE	74
7.b.1. <i>Produktionsbedingungen.....</i>	<i>75</i>
7.b.2. <i>Handel.....</i>	<i>76</i>
7.b.3. <i>Ideologische Fragen.....</i>	<i>77</i>
7.b.4. <i>Moral und Gewissen</i>	<i>77</i>
7.b.5. <i>Solidarität</i>	<i>78</i>
8. FORSCHUNGSAUSBLICK	79
9. ZUSAMMENFASSUNG	81
SUMMARY	82
LITERATUR	83
ANHANG	88

1. Erkenntnisinteresse

Die Auswirkungen der Enklavenökonomien in den Ländern des Südens sind tief greifend. Die Ausbeutung der Arbeiter auf den Plantagen und die negativen Folgen für die Umwelt, sind jene Auswirkungen, die sich unmittelbar in den Enklavenökonomien und deren näherer Umgebung feststellen lassen. Die Auswirkungen reichen aber weiter. Sie beeinflussen die gesamte Ökonomie des jeweiligen Staates. Der landwirtschaftliche Sektor eines Landes wird auf die Enklavenökonomien eingestellt, sodass auf den Plantagen ausschließlich für die Nachfrage aus den Industrieländern produziert wird.

Zwei Formen der Enklavenökonomie lassen sich voneinander unterscheiden, deren Eigenschaften und Auswirkungen auf den gesamten Staat ähnlich sind. Erstens gibt es Produktionsweisen, die formal auf dem Besitz inländischer Eliten aufbauen, wie es in El Salvador bei der Kaffeeproduktion der Fall war. Die Großgrundbesitzer, die gleichzeitig auch die regierende Macht stellten, integrierten seit dem späten 19. Jahrhundert El Salvador über die Kaffeeproduktion in den Weltmarkt. Der Ausweitung dieser Produktion wurden alle anderen Produktionszweige unterworfen. Durch gewaltsame Ausdehnung der Anbauflächen stieg die Zahl der Landlosen, welchen der Boden für die Subsistenz geraubt worden war. Diese mussten sich in der Folge als billige Arbeitskraft auf den Plantagen verdingen.

Zweitens werden Enklavenökonomien über multi- beziehungsweise transnationale Unternehmen in Ländern der so genannten Dritten Welt aufgebaut. In Costa Rica, Honduras und Guatemala lies sich die *United Fruit Company* nieder und verwandelte die Länder in so genannte „Bananenrepubliken“. Dank der quasi Monopolstellung dieser Konzerne und deren wirtschaftlicher Bedeutung, meist werden die Staaten von den Exporteinnahmen abhängig, ist es den Konzernen möglich, sich über die nationalen Gesetze hinweg zu setzten, die Exportzölle zu drücken sowie Umwelt- und Sozialstandards zu umgehen.

Enklavenökonomien in jeder Form beeinflussen nationale Ökonomien in ihrer Gesamtheit. Strukturelle Heterogenität ist die Folge. Die Produktion auf den

Plantagen findet unter günstigen infrastrukturellen Bedingungen statt. Pestizide, Düngemittel, Wasser, Kühlhäuser, Kredite und alle weiteren notwendigen Produktionsmittel werden von Konzernen des Agrobusiness zur Verfügung gestellt. Mit Krediten ausgestattet schaffen die Staaten Transportwege zum nächsten Hafen, von wo die Weltmarktanbindung erfolgt.

Landwirtschaftliche Produktion, die dem Binnenmarkt oder der Subsistenz dient, ist an diese infrastrukturelle Ausstattung nicht angebunden und verfügt auch nicht über die gleichen finanziellen Mittel. Besteuerung oder Landenteignungen begünstigen den Erhalt billiger Arbeitskraft für die Plantagen. Ein Landwirtschaftsparadoxon tritt auf: Länder der so genannten Dritten Welt werden von den Exporteinnahmen der Enklavenökonomien abhängig gemacht, während im Extremfall die eigene Bevölkerung Hunger leidet.

Vor dem Hintergrund der Nahrungskrise in den 1970er Jahren und der Erkenntnis, dass der *trickle-down*-Effekt nicht eingetreten ist, fand die „Wiederentdeckung der Landwirtschaft“ statt (Senghaas 1977: 189). 1973 revidierte Robert Mc Namara als Weltbankchef in Nairobi die Modernisierungstheorie und rief die Dekade zur Befriedigung der Grundbedürfnisse und der ländlichen Entwicklung aus. Um der *basic-needs* Strategie zu entsprechen, sollte ein Teil der Weltbankgelder in die Förderung der ländlichen Entwicklung, anstatt in Industrie- und Infrastrukturprojekte gehen.

Ebenfalls in den 1970er Jahren wurde die Forderung nach einer „Neuen Weltwirtschaftsordnung“ in den Ländern des Südens laut und soziale Bewegungen in der Dritten Welt radikalisierten sich. Die Suche nach einem alternativen Dritten Weg führte in einigen Ländern des Südens zu Aufständen linksgerichteter Guerillagruppierungen gegen die Machthabenden, oft Militärdiktaturen. Mit diesen Aufstandsbewegungen zeigten sich Menschen in Europa und den USA solidarisch. Solidaritätsgruppen entstanden zur politischen und wirtschaftlichen Unterstützung dieser Parteien und Gruppen. Als wichtige und langlebige Solidaritätsgruppe wirkte die Nicaragua-Solidarität, die auch nach Machtnahme der Sandinisten aktiv blieb. Eine Möglichkeit, die revoltierenden Gruppen wirtschaftlich zu unterstützen, war der alternative Handel. Die

Solidaritätsgruppen importierten mit einem Mehrpreis typische Kolonialwaren, die nach Möglichkeit nichts mit der Produktion der Agrareliten oder der transnationalen Unternehmen zu tun hatten. Die Unterstützung galt der Produktion in Kooperativen für einen Dritten Weg. In Europa dienten die fair gehandelten Luxusgüter Kaffee, Bananen und Kakao weniger dem politisch korrekten Konsum, als der entwicklungspolitischen Öffentlichkeitsarbeit. Bei deren Vermarktung wurde auf die Zwangslagen der Staaten, die unter den gesamten Auswirkungen der Enklavenökonomien litten, vor allem aber auf die nach einem Dritten Weg suchenden Revoltierenden, aufmerksam gemacht.

Durch mein Studium „Internationale Entwicklung“ beschäftige ich mich mit dem Handel zwischen den so genannten Entwicklungsländern und den Ländern des Nordens. Ich war mit den Handelspraktiken und –abkommen zu Gunsten des Nordens vertraut. Auch wusste ich, dass internationaler Handel nicht, wie lange durch Ricardos Theorem der komparativen Kostenvorteile angenommen, zu Reichtum aller beteiligten Länder führt. Ich suchte also nach Konsumanleitungen. Soll man den Konsum von Produkten, die zur Ausbeutung der Dritten Welt führen einstellen? Oder riskiert man dann den Abzug der internationalen Unternehmen aus den Produktionsregionen und verschärft Arbeitslosigkeit und Armut? Stellt der faire Handel oder der Handel der Solidaritätsgruppen eine Lösung dar? Ich suchte auch in den BUKO Agrar Dossiers (=AD) nach Konsumanleitungen. Geben diese allgemeine Konsumempfehlungen? Leiten sie zum kritischen Konsum spezieller Produkte an? Für mich ist diese Frage ebenso wichtig, wie jene nach den Auswirkungen der cash crop Produktion auf die betroffenen Staaten. Ich entscheide meinen Nahrungsmittelkauf nicht primär nach der Frage, ob Produkte fair gehandelt werden oder nicht. Zum einen aus rein praktischen Gründen, da meine finanziellen Mittel nicht ausreichen, vorwiegend fair zu kaufen. Andererseits denke ich, dass der Kauf von alternativ gehandelten Produkten lediglich einer Nische entspricht, die keine oder nur wenige strukturelle Folgen für die Produktions- und Handelsbedingungen hat, mit oder ohne fair trade Siegel. Ich versuche hingegen vorwiegend regionale und saisonale, und nach Möglichkeit auch biologisch angebaute Produkte zu kaufen. Die einheitliche Argumentationslinie in den BUKO Agrar Dossiers geht auf dieses Konsummuster nicht ein. Natürlich gibt es in Mitteleuropa weder Kaffee noch Bananen aus regionaler

Produktion. Diese Produktart versuche ich zu meiden oder ich kaufe einmal fair, ein anderes Mal „normal“.

In meiner Arbeit wollte ich der Frage nachgehen, wie Menschen, die auf dem Gebiet des Nord-Süd Handels erste Schritte machen, an das Thema herangeführt werden. Wird auf die Auswirkungen der Enklavenökonomien eingegangen? Werden Fragen der Ernährungssicherheit angesprochen? Wird Bezug zu politischen Entwicklungen genommen? Wie wird der alternative oder faire Handel dargestellt? Welche Handlungsanweisungen werden gegeben? Welche Konsummuster werden unterstützt? Ich gehe in meiner Arbeit zudem vorwiegend der Frage nach, wie die Themen in den BUKO Agrar Dossiers dargestellt werden und welche Wirkung mit einer bestimmten Darstellung angestrebt wird. Wie leitet die *BUKO* zum bewussten Konsum der Kolonialwaren aus Mittelamerika an?

All diese Fragen, gehören zur Diskursanalyse der Agrar Dossiers, herausgeben von der Bundeskoordination Internationalismus (=BUKO) in Hamburg. Seit 1977 veranstaltet diese Koordinationsstelle jährlich den Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen. In der eigenen Darstellung lautet das Selbstverständnis dieses Zusammenschlusses von rund 150 entwicklungspolitisch, aktiven Gruppen in Deutschland folgendermaßen:

„Die Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) ist ein unabhängiger Dachverband, dem über 150 Dritte-Welt-Gruppen, entwicklungspolitische Organisationen, internationalistische Initiativen, Solidaritätsgruppen, Läden, Kampagnen und Zeitschriftenprojekte angehören. Der Ursprung der BUKO lag in den Solidaritätsbewegungen mit den Befreiungskämpfen im Süden. Die BUKO versteht sich als Ort linker, herrschaftskritischer Debatten und vernetzt dabei BUKO-Kampagnen und Arbeitszusammenhänge, die aus entwicklungspolitischer Mobilisierung und politischer Arbeit hervorgegangen sind. Die BUKO sucht den offenen Dialog mit anderen Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen.“ (www.buko.info/ [12.09.2008])

Um diese Fragen zu beantworten, eignete sich die Analyse der BUKO ADs, da diese ein entwicklungspolitisches Medium sind, das sich an die Öffentlichkeit und nicht an ein Fachpublikum richtet. Die BUKO ADs wollten dem Selbstanspruch

nach Zusammenhänge und Hintergründe des Welthandels anhand der jeweiligen Produkte darlegen, indem einzelne Dossiers Produkten der Enklavenökonomien, typischen Kolonialwaren, gewidmet wurden. Kommen sie diesem Anspruch nach?

Die *BUKO Agrar Koordination* (=BUKO AK) kooperierte in der Erstellung der Dossiers mit entwicklungspolitischen NGOs (=Non Governmental Organisation) verschiedener Art. Ich fragte mich, welche Rolle entwicklungspolitischen NGOs und somit auch der *BUKO AK* und den kooperierenden NGOs in der nördlichen Gesellschaft zukommt. Welche Eigenschaften werden ihnen zugesprochen? Welche Funktionen werden ihnen zugeschrieben? Dies erschien mir wichtig, um zu sehen, wie die Öffentlichkeitsarbeit entwicklungspolitischer NGOs in die Gesellschaft getragen wird.

Sowohl die *Agrar Koordination*, als auch die anderen diskursrelevanten Organisationen sahen ihre Hauptaufgabe in der entwicklungspolitischen Öffentlichkeitsarbeit und gingen dieser in den Agrar Dossiers nach. Um in der Folge den Diskurs in den relevanten Ausgaben der BUKO ADs zu bestimmen, wollte ich feststellen, wie entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit allgemein und die der Organisationen des fairen Handels im speziellen in einem entwicklungspolitischen Medium gestaltet wird. Was sind mögliche Ziele? Steht die Informationsvermittlung, die politische Einflussnahme oder die Änderung des Konsumverhaltens im Vordergrund? Wie müssen entwicklungspolitische NGOs kommunizieren, damit die Informationen von der Zielgruppe als wichtig betrachtet und umgesetzt werden? Welche sprachlichen Mittel und Methoden werden in der Kommunikation angewendet? Werden die Themen einer Komplexitätsreduktion unterworfen? Falls ja, wie geschieht dies?

2. Forschungsstand

2.a. Entwicklungspolitische NGOs

Anhand der Literatur lassen sich Aufgaben und Eigenschaften entwicklungspolitischer NGOs erkennen. Es ist bedeutend, zu beachten wie entwicklungspolitische NGOs und deren Arbeit in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden.

Vorwiegend stütze ich mich auf Eberlei und Eszlinger, die sich mit der Charakterisierung entwicklungspolitischer NGOs und deren Verortung in der Gesellschaft beschäftigten.

Norbert Eszlinger ging in „Northern Based Development NGOs zwischen politischer Kooperation und Konfrontation“¹ der Positionierung entwicklungspolitischer NGOs in der nördlichen Gesellschaft nach. Er analysierte, welche Funktionen entwicklungspolitische NGOs in der Gesellschaft haben und wie sie wahrgenommen werden. Eszlinger untersuchte das Bild entwicklungspolitischer NGOs und deren Einbettung in das staatliche und zivilgesellschaftliche Gefüge.

Eszlinger schrieb entwicklungspolitischen NGOs demnach folgende fünf Eigenschaften zu: Autonomie, fehlende Gewinnorientierung, Gemeinwohlorientierung und Vertreterfunktion, universalistische Werte und Freiwilligkeit. Nach Eszlinger agieren NGOs im Sinne der Moral, geleitet von Gerechtigkeit, Nächstenliebe und Humanität, Altruismus und Solidarität (Eszlinger 2004: 12-16). Eszlinger unterschied drei Funktionen von NGOs: Geberorganisation, Anwaltschaft/advocacy und Expertentum (Eszlinger 2004). Sinngemäß kann die erste Funktion (Geberschaft) als eine im Süden Projekte durchführende

¹ Eszlinger sprach in seiner Monographie von NDGOs – Nongovernmental development organizations. So drückt er aus, dass es sich um eine spezielle Gruppe von NGOs handelt, nämlich um jene, „die darauf spezialisiert sind, einen langfristigen Verbesserungsprozess zu unterstützen, der die Möglichkeiten einer sozialen Einheit erweitert, ihre Grundbedürfnisse zu befriedigen. Dieses Ziel wird direkt (über Projekte, Programme, Fördergelder etc.) oder indirekt (Ausbildung von Fachkräften, Weiterbildung, Öffentlichkeitsarbeit im Norden usw.) verfolgt“ (Eszlinger 2004: 19). Ich verwende den Begriff entwicklungspolitische NGOs, bin aber mit der Definition Eszlingers einverstanden.

Organisation verstanden werden. Bei Anwaltschaft und Expertentum handelt es sich um politische Funktionen im Geberland. Diesen Funktionen kommt die Aufgabe zu, Interessen zu vertreten, hinter denen weder bedeutende wirtschaftliche noch politische Macht steht. Solidaritätsorganisationen zum Beispiel führen diese Funktionen aus.

Eszlinger kam zu dem Schluss, dass entwicklungspolitische NGOs eine „intermediäre Instanz zwischen Nord und Süd, Staat und Gesellschaft“ sind. Auf Grund dieser Situation befinden sie sich in einem strategischen Balanceakt zwischen politischer Kooperation und Konfrontation. Eszlinger stützte sich in seinen Schlussfolgerungen auf Take, indem er vermehrt kooperative Handlungsmuster ortete, die Konfrontation mit den Machthabern aber als unerlässliche Aufgabe der entwicklungspolitischen NGOs sah.

Walter Eberlei ging in seinen Arbeiten wie Eszlinger der Frage nach, welche Funktionen und Eigenschaften entwicklungspolitischen NGOs zukommen. Er fokussierte auf Deutschland, wodurch seine Arbeit mit jener Eszlingers durchaus vergleichbar ist. Bei der Charakterisierung entwicklungspolitischer NGOs kam er zu ähnlichen Ergebnissen wie Eszlinger. Entwicklungspolitische NGOs sind demnach zwei Blöcken zu zuordnen. Einerseits gibt es Organisationen, die Spenden sammeln, um in den so genannten Entwicklungsländern Hilfs- oder Entwicklungsprojekte durchzuführen. Ihnen wird laut Eberlei der Vorwurf gemacht, sie trügen zu einer „Projektitis“ bei, also zu einer Häufung von Kleinprojekten, die weder flächendeckend noch langfristig agierten. Andererseits gibt es Organisationen, deren Handlungsfeld sich auf die Öffentlichkeitsarbeit im eigenen Land beschränkt, wie zum Beispiel *FIAN*, *WEED* oder die *BUKO Agrar Koordination*. NGOs dieser Kategorie stellen die Minderheit dar (Eberlei 2002: 24).

Der gleichen Einteilung folgten Klein, Walk und Brunnengräber in „NGOs im Prozess der Globalisierung“. Sie unterschieden „politikorientierte“, die in Ländern des Nordens handeln und „operative“ NGOs. Letztere führen Projekte in den so genannten Entwicklungsländern durch (Klein/Walk/Brunnengräber 2005: 15). Häufig sind Mischformen, also NGOs, die Öffentlichkeitsarbeit betreiben und Spenden sammeln, um in Ländern des Südens Projekte zu finanzieren oder durchzuführen.

Sowohl Eszlinger als auch Eberlei sprachen entwicklungspolitischen NGOs zu, im Sinne der Moral zu handeln. Diese Zuschreibung leitet sich aus deren Entstehungsgeschichte ab. Die europäischen NGOs hatten kirchlichen Hintergrund und wollten Ende der 1950er, Anfang der 1960er Jahre den Hunger in der Welt lindern und der „fernen Nächstenliebe“ nachkommen (Eberlei 2002: 24). Diese Charakterisierung und Wahrnehmung wurde bei den genannten Autoren nicht hinterfragt. Sie scheint ein Relikt aus der Geschichte zu sein, das auch noch in weiten Teilen der Gesellschaft verbreitet ist.

2.b. Öffentlichkeitsarbeit von entwicklungspolitischen Nicht-Regierungsorganisationen

Entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit ging laut Eberlei aus der Erkenntnis hervor, dass die karikative Vorgehensweise der 1950er bis Mitte der 1960er Jahre nicht ausreichte, um den Bedürfnissen der Länder des Südens zu entsprechen. Der Beginn der Tätigkeiten von Hilfsorganisationen wie *Brot für die Welt* oder *Misereor* war von Mildtätigkeit und sich erbarmender Hilfe geprägt und beschränkte sich auf Hungerhilfe. Erst in den späten 1960er und 1970er Jahren wuchs das Bewusstsein, dass entwicklungspolitische Ansätze von Nöten waren. Das wachsende Selbstbewusstsein der Länder des Südens und die Verbreitung der Dependenztheorie trugen wesentlich zu dieser Entwicklung im Norden bei. In der Folge gewann „strukturelle Arbeit im Süden wie auch im Norden“ Bedeutung (Eberlei 2005: 388-389). „Strukturelle Arbeit“ umfasst Öffentlichkeits-, Bildungs- und Lobbyarbeit. Eine Möglichkeit der Öffentlichkeitsarbeit, der eine Vielzahl an Aktionen zu zuordnen ist, ist die Herausgabe eines entwicklungspolitischen Mediums, wie die BUKO Agrar Dossiers. Da der Analysegegenstand dieser Arbeit Ausgaben eines entwicklungspolitischen Mediums sind, liegt der Fokus auf den Mitteln und Methoden, die in einer solchen Anwendung finden können. Es handelt sich daher vorwiegend um sprachliche und rhetorische Mittel. Methoden zur Erreichung politischer Einflussnahme durch Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit, sowie das Führen einer Kampagne spare ich weitestgehend aus.

Andrea Rainer analysierte in ihrer Diplomarbeit „Die Öffentlichkeitsarbeit entwicklungspolitischer Nicht-Regierungs-Organisationen“ die Aktivitäten entwicklungspolitischer Öffentlichkeitsarbeit. Anhand der Öffentlichkeitsarbeit von neun einschlägigen NGOs können Rückschlüsse auf deren Möglichkeiten und Methoden gezogen werden.

Rainer ging, wie Eberlei davon aus, dass entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit nicht auf Informationsweitergabe ausgerichtet ist. Sie strebt vielmehr eine „Änderung des Handelns, der Werte und der Einstellungen von Menschen in den Ländern des Nordens“ an (Rainer 2000: 27 nach Avenarius 1995: 142). Informationen werden in der Überzeugung weitergegeben, dass, wenn Menschen genügend Information erhalten, sie Werte orientiert handeln.

Entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit will Reaktionen hervorrufen und gibt direkt oder indirekt Handlungsanweisungen. Eine gewünschte Reaktion ist die Änderung des Konsumverhaltens, die etwa von Organisationen des fairen Handels angestrebt wird. Eine andere gewünschte Reaktion ist die Änderung des Spendenverhaltens. Viele entwicklungspolitische NGOs sind auf Spenden angewiesen und kommunizieren dies auch deutlich. Die dritte erhoffte Reaktion ist die politische Mobilisierung und der damit entstehende Druck auf die politischen Entscheidungsträger (Schößwender 2003: 5). Welche Reaktion die erwünschte ist, manchmal sind es auch mehrere, geht meist aus der Öffentlichkeitsarbeit selbst hervor.

Rainer erläuterte in ihrer Arbeit zudem, wie Informationen in entwicklungspolitischer Öffentlichkeitsarbeit aufbereitet werden müssen, um Reaktion bei der Zielgruppe auszulösen. Die Informationsvermittlung sollte so gestaltet sein, dass sie dem Zielpublikum wichtig erscheint und diesem in Erinnerung bleibt. Entwicklungspolitische Themen sind komplex. Es muss also ein Weg gefunden werden, die Anliegen einfach und verständlich zu gestalten. Rainer war der Ansicht, dass entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit „durch die Herstellung von Vergleichen zur eigenen Lebenssituation Bewusstsein“ schaffen kann (Rainer 2000: 26). Der direkte Vergleich findet bei Themen wie der Wohnsituation, der Bildung, der Entlohnung oder der Versorgung mit Nahrungsmitteln statt. Der

Bezug zur Lebenspraxis fand sich in Pinters Definition wieder, die er in „Entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit“ gab: „Entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit ist die Summe jener Tätigkeiten, die Informationen über Menschen, Kulturen und Organisationsformen in der Dritten Welt vermitteln - und zwar derart, dass es in der Öffentlichkeit möglich wird, Vergleiche zur eigenen Lebenssituation zu ziehen und Zusammenhänge zwischen eigenem Leben und Situation von Menschen in der Dritten Welt zu begreifen“ (Pinter 1989: 98). Zusammenhänge zwischen den Ländern des Nordens und des Südens lassen sich anhand der Kolonialwaren gut darstellen. Weiter unten werde ich am Beispiel der Öffentlichkeitsarbeit von Organisationen des alternativen Handels noch einmal auf die Darstellung der Zusammenhänge mittels Kolonialwaren eingehen.

Irmi Hanak untersuchte in „Entwicklung kommunizieren: Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit“ die Ziele und Ergebnisse der entwicklungspolitischen Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit, wobei sie keine Unterscheidung zwischen Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit vornahm. Ihre Frage richtete sich auf den gesellschaftlichen Kontext von Kommunikation und Entwicklung. Mittels Textanalysen staatlicher und nichtstaatlicher entwicklungspolitischer Öffentlichkeitsarbeit, ging Hanak der Frage nach, was die Intentionen der Informationsweitergabe war und wie diese auf das Zielpublikum wirken sollte. Sie ging zudem der Rolle der Kommunikationsmedien in der Öffentlichkeitsarbeit nach.

Hanak beobachtete Vereinfachungen und Stereotypisierungen in den analysierten Texten. Stereotypisierung fand häufig in der Art statt, dass Menschen in den so genannten Entwicklungsländern als Opfer und die Leistungen der Industriestaaten als deren Rettung aus diversen Notlagen dargestellt wurden (Hanak 2003: 93). Zudem konnte Hanak „Mechanismen der Infantilisierung, der rassistischen und sexistischen Stereotypisierung, der Zuweisung von Objektstatus durch Anonymisierung“ ausmachen (Hanak 2003; 104). Diese Zuschreibungen und Stereotypisierungen, so Hanak, führten zu einer „diskursive Allmacht“ der Geber. Diese verfügten nicht nur über die Mittel, sondern auch über die Macht, Wissen durch die Art der Darstellung zu beeinflussen. Hanak stellte auch fest, dass Öffentlichkeitsarbeit Gefahr läuft, als Werbung in eigener Sache oder für den

Auftraggeber, missbraucht zu werden (Hanak 2003: 99). Die geäußerte Kritik ist für die Auseinandersetzung mit entwicklungspolitischer Öffentlichkeitsarbeit wichtig. Das Kritisierte kann entweder als falscher Umgang mit der Komplexität des Themas, oder aber, als bewusst Stereotype bedienende Darstellung verstanden werden.

Jean-Pierre Boris ging in „(Un)fair trade – das profitable Geschäft mit unserem schlechten Gewissen“ dem Effekt des fairen Handels von transnationalen Unternehmen nach. Er legte nach Erläuterungen zum Handel einzelner Produkte wie Kaffee, Baumwolle oder Kakao dar, dass es sich bei fair-trade Linien der transnationalen Unternehmen um reine Marketingstrategien handle. Er klagte an, dass die mediale Präsenz der fair gehandelten Produkte, viel bedeutender als deren tatsächliches Handelsvolumen sei. Boris verurteilte die „Medienblase“, die „unglaublich macht, dass der gerechte Handel eine Alternative zum derzeitigen Welthandel ist“ (Boris 2006: 204). Boris ging in seiner Schilderung allerdings nicht auf die Solidaritätsorganisationen, die fairen Handel betreiben, ein.

Auf die oben genannten Methoden und Gefahren der entwicklungspolitischen Öffentlichkeitsarbeit werde ich im Folgenden anhand der Öffentlichkeitsarbeit von Fair-Handelsorganisationen eingehen. Ich fokussiere in meinen Ausführungen weiter auf jene Aktivitäten der Öffentlichkeitsarbeit, die sich im Rahmen einer Zeitschrift wie etwa den BUKO Agrar Dossiers durchführen lassen.

Ich stelle im Folgenden jene Organisationen dar, die aus der Solidaritätsbewegung entstanden sind und alternativen Handel betreiben. Die fair-trade-Linien großer Konzerne sowie Siegelorganisationen wie *Transfair* bleiben weitestgehend ausgespart, außer sie dienen der Abgrenzung. Sie haben eine andere Geschichte und eine andere Absicht als die Organisationen des alternativen Handels.

2.b.1. Solidaritätsorganisationen des alternativen Handels und Öffentlichkeitsarbeit

Die verschiedenen Ziele der transnationalen Unternehmen und der Organisationen des alternativen Handels sind am besten anhand der Geschichte letzterer darzulegen.

Der Großteil der Organisationen, die alternativen oder fairen Handel ohne Transfair-Siegel betreiben, hat ihre Wurzeln in den Solidaritätsbewegungen der 1970er Jahre. Hierbei handelte es sich vor allem um länderspezifische Solidaritätsbewegungen mit Nicaragua oder El Salvador, die Solidaritäts- und Öffentlichkeitsarbeit leisteten. Ihr Anliegen war, Bewusstsein für die Probleme anderer Länder im eigenen Land zu schaffen sowie politische und wirtschaftliche Unterstützung zu leisten.

Bei der Nicaragua Solidarität stand zum Beispiel die Stärkung des sandinistischen Widerstandes und der Revolution im Vordergrund. Eine Möglichkeit der wirtschaftlichen Unterstützung war der Handel mit sandinistischen Produzenten. Die „Nica-Bananen“ und der „Soli-Kaffee“ sollten durch höhere Preise ideologisch geprägte Projekte und Lebensentwürfe unterstützen. Der Handel der typischen Kolonialwaren zu Sonderkonditionen war ökonomisch in Summe unbedeutend. Wichtiger waren die Informations- und Öffentlichkeitsarbeit in den Industrieländern, sowie die Unterstützung von Projekten.

Der Handel war alternativ, weil er eigene Vermarktungswege suchte und weder mit den Eliten, die wie im Falle El Salvadors den Kaffeesektor beherrschten, noch mit den großen Handelskonzernen zusammenarbeitete. Sie würden die Produzierenden nur ausbeuten und die Gewinne einbehalten. Der Handel war auch alternativ, weil er nicht primär des Handels wegen, sondern zur Unterstützung der politischen Anliegen der Produzierenden durchgeführt wurde. Zudem sollten die Profitraten der Zwischenhändler gering gehalten werden und der möglichst niedrige Preis für die Konsumenten stand nicht im Vordergrund.

In den Heimatländern der Solidaritätsbewegungen war der Warenverkauf an Informationsvermittlung über die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen der Produktionsländer gebunden. Anhand der klassischen Kolonialwaren Kaffee, Bananen und Kakao wurden die ungerechten Strukturen

des Welthandels und die schlechten Arbeits- und Lebensbedingungen der Produzierenden dargestellt. Das Produkt war „Mittel zum politisch-didaktischen Zweck“ und nicht der Zweck (Scharlowski 1995: 141). Anhand der Luxusgüter aus dem Süden sollten zudem die Verbindungen zwischen den Produktionsländern und den konsumierenden Ländern erläutert werden. Die alternativ gehandelten Produkte wurden über Dritte-Welt-Läden, VerbraucherInnen-gemeinschaften und über die Solidaritätsgruppen selbst vertrieben, immer in Verbindung mit Informationsvermittlung.

Die Solidaritätsorganisationen strebten in ihrer entwicklungspolitischen Öffentlichkeitsarbeit eine Bewusstseinsänderung und eine Änderung des Handelns an. Scharlowski schilderte in „Chancen und Grenzen des Fairen Handels am Beispiel der Banane“ das Anliegen der Gruppe, die heute *BanaFair* ist. Mit dem alternativen Bananenhandel sollte einerseits „eine konkrete politische und materielle Unterstützung der sandinistischen Revolution“ erreicht werden. Andererseits wollten sie mit dem Verkauf alternativ gehandelter Bananen „bei den KonsumentInnen beispielhaft das Bewußtsein für ungerechte Weltmarktstrukturen“ schärfen (Scharlowski 1995: 145).

Es bestand die Hoffnung, dass Konsumenten in den Industrieländern mit ausreichender Information über die ungerechten Welthandelsströme, die schlechten Produktionsbedingungen und die miserable Entlohnung der Produzierenden von sich aus zu den alternativ gehandelten Produkten greifen würden. Dass dieser Nischenbereich die Welt nicht verändern würde, war den meisten Solidaritätsgruppen von Anfang an klar. Viel mehr ging und geht es darum, einen alternativen Weg aufzuzeigen und Zusammenhänge der ausbeuterischen Weltwirtschaftsordnung öffentlich bekannt zu machen, um damit einer Veränderung die Chance zu geben. Welche Produkte für den alternativen Handel verwendet wurden, bestimmte nicht der Zufall. Einerseits lassen sich der Welthandel und die Produktionsbedingungen in den Enklavenökonomien anhand der typischen Kolonialwaren exemplarisch gut darstellen, andererseits bieten Produkte wie Bananen, Kaffee und Schokolade leicht Bezugspunkte für die Konsumenten, da sie zu unseren täglichen Konsumgütern gehören.

Mit der Öffentlichkeitsarbeit sollten die Konsumenten zu einem bewussten Konsum der Kolonialwaren angeleitet werden, ebenso wurde eine Änderung ihrer Einstellung und ihres Kaufverhaltens angestrebt. Durch den Konsum der alternativ gehandelten Produkte sollten die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Produzierenden und eine umweltverträgliche Produktion forciert werden. *BanaFair* setzt sich, wie auch andere alternative Handelsorganisationen, zudem politisch für konkrete Verbesserungen auf den Bananenplantagen ein und definiert die eigene Arbeit als Lobbyarbeit für bessere Bedingungen in der Bananenproduktion (www.banafair.de/about/wer.htm [28.07.2008]).

Dem gegenüber steht die Intention der fair-trade Linien großer Unternehmen, die kleine Teile ihres Sortiments durch ein Gütesiegel des fairen Handels zertifizieren lassen. Anhand der Entstehung und der Reaktionen der Solidaritätsgruppen auf den Verein *Transfair* soll der Unterschied zwischen den beiden grundlegend unterschiedlichen Initiativen verdeutlicht werden.

Die Gründung des Vereins *Transfair* (Verein zur Förderung des Fairen Handels mit der Dritten Welt) entfachte 1991 die Debatte in der Dritten-Welt Szene, was der „richtige faire Handel“ sei. 1993 führte *Transfair* ein Siegel für fair gehandelten Kaffee ein. Dieser Kaffee wurde in Supermärkten vertrieben und erreichte so ein breiteres Publikum als in Dritte-Welt-Läden oder anderen alternativen Verkaufswegen. Hauptkritik der Solidaritätsgruppen war die Gewinnorientierung *Transfairs* und die fehlende Informationsarbeit. Außerdem kritisierten sie, dass *Transfair* die Produzierenden als Opfer darstellte ohne dabei die Profiteure, die Kaffeekonzerne etwa, zu nennen (Scharlowski 1995: 141-142). Die Bezeichnung fair bezieht sich auf die Entlohnung der Arbeiter, wobei die Solidaritätsgruppen auch diese als nicht ausreichend kritisieren. Die politische und ideologische Unterstützung ist kein Thema mehr. Das Siegel dient zudem der Imageaufbesserung von Konzernen, die nur einen Teil der Produkte zu „fairen“ Konditionen vertreiben. Die hier angeführten Kritikpunkte stellen lediglich die wichtigsten dar.

3. Theorie

In Anlehnung an die Diskurstheorie Michel Foucaults stehen Fragen nach dem gültigen Wissen, wie dieses zustande kommt und welche Auswirkungen dieses auf Individuen und Gesellschaften hat. Macht und deren Analyse spielt, sowohl bei Michel Foucault als auch bei Siegfried Jägers kritischer Diskursanalyse, nach der ich vorgehen werde, eine wichtige Rolle.

3.a. Begriffsklärung

Die kritische Diskursanalyse nach Siegfried Jäger arbeitet mit dem Begriff des Diskurses. Diskurs leitet sich vom lateinischen "*discursus*" ab, welches "*Sich-Ergehen über etwas*" bedeutet. Bis ins 20. Jahrhundert wurde dieser Begriff vor allem für gelehrte Abhandlungen gebraucht (Kraler o.A.). Im Englischen bedeutet "*discourse*" ein einfaches Gespräch oder eine Unterhaltung zwischen mehreren Personen. In den romanischen Sprachen ist "*discours*" oder "*discorso*" eine Bezeichnung für eine gelehrte Rede, einen Vortrag oder eine Abhandlung. Im deutschen Sprachgebrauch zog der Begriff mit veränderter Bedeutung ein. Er wird meist verwendet um ein „öffentlich diskutiertes Thema (z.B. der Hochschulreformdiskurs), eine spezifische Argumentationskette (z.B. der neoliberale Diskurs) oder die Position/ Äußerung eines Politikers, eines Verbandsprechers (etwa der Gewerkschaftsdiskurs) in einer aktuellen Debatte zu bezeichnen“ (Keller 2004: 15).

Der Duisburger Sprachwissenschaftler Siegfried Jäger greift in seiner Formulierung der kritischen Diskursanalyse unter anderem auf Jürgen Link zurück. Links kürzeste Definition von Diskurs lautet: Diskurs ist „eine institutionell verfestigte Redeweise, insofern eine solche Redeweise schon Handeln bestimmt und verfestigt und also auch schon Macht ausübt“ (Link 1983 in Jäger 2000). In dieser Definition finden sich die wichtigsten Elemente Jägers Methode wieder. Diskurse üben Macht aus und beeinflussen das Handeln der

Individuen. Diskurse sind institutionell verfestigt, sie genießen in der Gesellschaft einen bestimmten Status, sind Materie und veränderungsfähig.

3.b. Elemente der kritischen Diskursanalyse

Nach Jäger erweist sich die Stärke der kritischen Diskursanalyse darin, zu zeigen, „mit welchen Mitteln und für welche „Wahrheiten“ in einer Bevölkerung Akzeptanz geschaffen wird, was als normal und nicht normal zu gelten habe, was sagbar (und tubar) ist und was nicht“ (Jäger 2004: 223).

Um diese „Mittel“ zu verstehen, gilt es herauszufinden, wie gültiges Wissen zustande kommt. Hierbei bezieht sich Jäger sowohl auf Alltagswissen, das in den Medien, in der alltäglichen Kommunikation, in der Schule und der Familie vermittelt wird, als auch auf in der Wissenschaft produziertes Wissen (Jäger 2000). Welches Wissen in welchen Diskursen weitergegeben wird und durch Elemente, wie das der Wiederholung, als Wahrheit geltend gemacht wird, entscheidet sich durch Macht. Diskurse sind Felder der Machtausübung, in denen sich Macht als Zugang zu den ökonomischen Ressourcen oder zu Medien ausdrückt (Jäger 2000). Diskursanalyse als Gesellschaftsanalyse muss auch die ökonomischen Verhältnisse bedenken, um Machtverhältnisse offen zulegen (Jäger 2004: 157).

Ein „Bindemittel der Diskurse“ sind Kollektivsymbole, unter welchen Jäger und Link „kulturelle Stereotype“ verstehen. So gilt die Eisenbahn als Zeichen des Fortschrittes (Jäger 2004: 133) und der Kleinbauer in einem Entwicklungsland als Symbol der Armut und/oder des ländlichen Idylls.

Auf den ersten Blick wirkt es so, als schüfe das Individuum den Diskurs. Laut Jäger ist dem aber nicht so. Ein Diskurs kommt durch das Einwirken vieler Menschen zustande, und was dabei heraus kommt, wollte niemand genau so (Jäger 2004: 148). Das Verhältnis zwischen dem Individuum und dem Diskurs ist dadurch geprägt, dass der Diskurs die „Grundlage für individuelles und kollektives Handeln und die Gestaltung der Wirklichkeit“ ist (Jäger 2000).

Da sich in den Diskursen die gesellschaftliche Realität nicht nur widerspiegelt, sondern die Diskurse auf diese einwirken, sogar Macht ausüben und ein Eigenleben führen, ist Jäger davon überzeugt, dass sich Diskurse wie Materie verhalten (Jäger 2004: 144). Diskurse tragen zur „Strukturierung von Machtverhältnissen in einer Gesellschaft bei“ (Jäger 2000).

Diskurse stellen als „soziale Wissensflüsse durch die Zeit“ in ihrer Gesamtheit ein unüberschaubares und komplexes „Gewimmel“ dar. In diesem Diskursgewimmel lässt sich zwischen Spezialdiskursen und Interdiskursen unterscheiden. Der Spezialdiskurs ist jener der Wissenschaft, der Interdiskurs umfasst alle nichtwissenschaftlichen Diskurse. Elemente aus dem wissenschaftlichen Spezialdiskurs fließen ständig in den Interdiskurs ein (Jäger 2004: 159). In diesem Diskursgewimmel lassen sich ferner Diskursstränge ausmachen. Sie sind ein wichtiges Element der Diskursanalyse. Ein Diskursstrang fasst thematisch einheitliche Diskurse zusammen. Nach Jäger verfügt jeder Diskursstrang über eine synchrone und eine diachrone Dimension. Ein synchroner Schnitt durch einen Diskursstrang lässt alles zu einem bestimmten Zeitpunkt Gesagte sichtbar werden. Alle Diskursfragmente lassen sich erkennen.

Jeder Diskursstrang setzt sich wiederum aus einer Reihe von Diskursfragmenten zusammen. Ein solches Diskursfragment ist nichts weiter als ein Text oder ein Textteil zu einem bestimmten Thema. Da ein Text aber meist mehr als nur ein Thema behandelt, kann er auch mehrere Diskursfragmente enthalten. Mehrere Diskursfragmente bündeln sich in entgegen gesetzter Richtung zu einem Diskursstrang. Es treten häufig Diskurs(strang)verschränkungen auf. Jäger versteht unter einer Diskurs(strang)verschränkung, wenn in einem Text verschiedene Themen vorkommen. Es ist üblich, dass ein Text eine Diskurs(strang)verschränkung enthält. Jäger führte folgendes Beispiel an: Ein Text, der sich mit dem Thema Integration beschäftigt und als einen Aspekt die speziellen Probleme der Frauen darstellt, verschränkt den Integrations- mit dem Frauendiskurs und beinhaltet daher eine Diskurs(strang)verschränkung.

Jäger bezeichnet das Zusammenspiel aller Diskursstränge einer Gesellschaft als den gesamtgesellschaftlichen Diskurs. Dieser umfasst alle in einer Gesellschaft existierenden Diskurse, die ein „ineinander verwurzeltes Netz“ darstellen, wobei

zu beachten ist, dass „Gesellschaften nie (restlos) homogen sind“ (Jäger 2004: 166, Jäger 2000). Diskursstränge treten niemals isoliert auf, sondern sind immer Teil des gesamtgesellschaftlichen Diskurses (Jäger, M 1996 zitiert in Jäger 2004: 167). Nach Jäger ist es auch von Bedeutung zu erkennen, „ob und wie der politische Diskursstrang sich in den medialen und den alltäglichen verzahnt, wie und ob der mediale den alltäglichen beeinflusst, (...) sich von ihm unterscheidet“ (Jäger 2004: 166).

Die Medien spielen bei diskursiven Ereignissen eine wichtige Rolle. Sie sind es, die Geschehnisse zu diskursiven Ereignissen machen, indem sie „medial groß herausgestellt werden und als solche medial groß herausgestellten Ereignisse die Richtung und die Qualität des Diskursstranges, zu dem sie gehören, mehr oder minder stark beeinflussen“ (Jäger 2004: 162). Jäger nannte als Beispiel den Atom-Gau von Harrisburg, der ähnlich schwere Folgen wie jener von Tschernobyl verursachte. Der Fall von Harrisburg erfuhr allerdings nicht die gleiche mediale Aufmerksamkeit und wurde also nicht zu einem diskursiven Ereignis. Die weiter oben schon erwähnte Macht über Diskurse spielt eine wichtige Rolle. Ob ein Geschehnis zu einem diskursiven Ereignis wird oder nicht, hängt von den „jeweiligen politischen Dominanzen und Konjunkturen ab“ (Jäger 2004: 162).

Diskursebenen sind „soziale Orte“, von denen aus gesprochen wird, zum Beispiel Wissenschaft, Alltag, Medien, Verwaltung. Die Diskursebenen wirken aufeinander, beziehen sich aufeinander und nutzen einander gegenseitig (Jäger 2000). Das heißt, dass auch bei den Diskursebenen, wie bei den Diskurssträngen ein hohes Maß an Verschränkung stattfindet.

Ein weiteres Element ist die Diskursposition, also der spezifische Standort eines Diskursproduzenten. Jäger stützt sich in der Definition dieses Begriffs auf Margret Jäger. Sie beschreibt die Diskursposition als jenen Ort, von dem aus Bezug auf den jeweiligen Diskurs genommen wird. Er ergibt sich aus dem Durchlebten und der aktuellen Lebenslage der Einzelperson, der Gruppe, der Institution oder dem Diskursstrang selbst (Jäger M. 1996 zitiert in Jäger S.164 2004).

Jäger mahnt auch zu beachten, dass jeder Wissenschaftler sich in mitten der Diskurse, Diskursstränge und des gesamtgesellschaftlichen Diskurs befindet und somit unmöglich neutral sein kann. Man muss sich vielmehr seiner Position bei jeder Art der Analyse bewusst sein (Jäger 2000).

4. Methode

Den Materialcorpus meiner Untersuchung schränkte ich durch regionale Kriterien ein. Viele Artikel der BUKO Agrar Dossiers enthalten Diskursstrangverschränkungen, weshalb eine thematische Gliederung wenig Sinn hat. Ich wählte unter den BUKO ADs jene Ausgaben, die sich vorwiegend mit Lateinamerika und dabei wieder jene, die sich mit den agrarischen Enklavenökonomien befassten. Die Dossiers zu den Themen „Kaffee“ (1992/2), „Kakao“ (1995/16), „Soja“ (1998/19) und „Bananen“ (2000/22) erfüllen diese Kriterien. Das Dossier „Soja“ beinhaltet einen Themenblock „Sojaanbau und Brasilien“. Die Ausgabe über Kakao bezieht sich hauptsächlich auf Ecuador. Die Artikel der Feinanalyse entnahm ich jenen zwei Dossiers, die vor allem Texte mit Bezug auf Lateinamerika brachten. Es handelt sich um die Ausgabe aus dem Jahr 1992 über Kaffee, in der 56 Prozent aller Artikel einen Bezug zu Lateinamerika aufweisen und um das Dossier „Bananen“ aus dem Jahr 2000, in welchem 40 Prozent aller Artikel von Lateinamerika handeln.

Auffallend bei beiden Dossiers war, dass innerhalb der Artikel über Lateinamerika die Länder Mittelamerikas den Schwerpunkt darstellten, auch wenn das im Fall Kaffee nicht der Bedeutung im Export gleichkommt. Bei dem Dossier „Kaffee“ beschäftigten sich elf der 14 Lateinamerika spezifischen Artikel mit Ländern Mittelamerikas. Im Dossier „Bananen“ waren es sieben von neuen Texten. Innerhalb der Region Mittelamerikas ergaben sich in beiden Dossiers unterschiedliche Länderschwerpunkte.

Im Dossier „Kaffee“ waren elf Artikel über Lateinamerika. Diese elf Artikel kreisten um vier Länder: Costa Rica, El Salvador, Dominikanische Republik und Nicaragua. El Salvador und Nicaragua bildeten die Länderschwerpunkte, wobei beiden Ländern jeweils etwa ein Drittel der gesamten Aufmerksamkeit zuviel.

Das Dossier „Bananen“ behandelte Themen aus sieben lateinamerikanischen Ländern: Costa Rica, Dominikanische Republik, Ecuador, Guatemala, Honduras, Nicaragua und Panama. Costa Rica stand im Dossier „Bananen“ am häufigsten im Mittelpunkt. Diese Schwerpunkte lassen sich durch Kooperationen mit NGOs, die

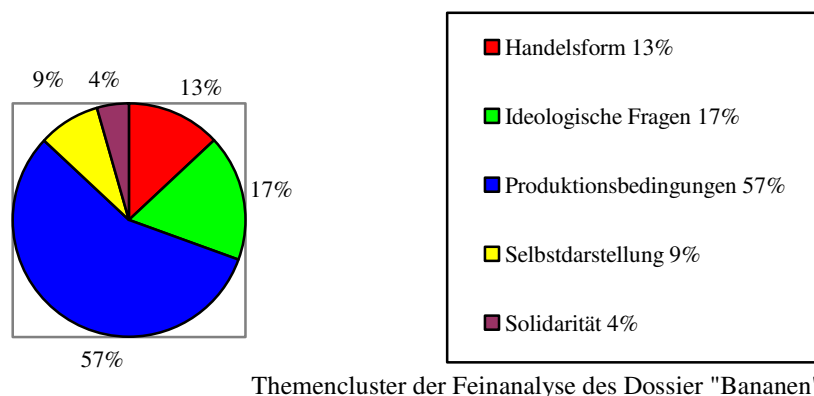
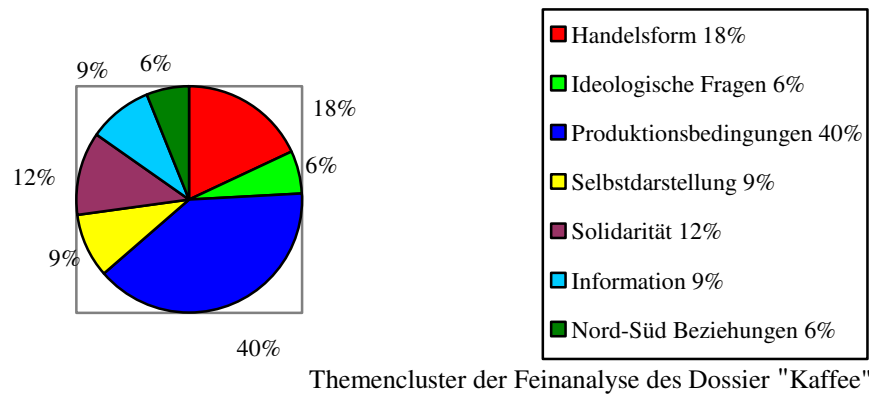
mit diesen Ländern arbeiten, erklären. Das *Informationsbüro Nicaragua* (=IBN) und die *KaffEEKampagne El Salvador* (=KKES) stellten zusammen sieben der elf Lateinamerika spezifischen Artikel in der Kaffeeausgabe. Im Dossier „Bananen“ zeichnen *BanaFair* und das *Foro Emaús* für insgesamt zehn Artikel verantwortlich. *Foro Emaús* ist eine costaricanische NGO mit welcher *BanaFair* kooperiert.

Bei der Vorgehensweise stütze ich mich auf Siegfried Jäger. Nach seiner Methode liegt weder eine Textanalyse zur Fragestellung nach den Diskursen der BUKO Agrar Dossiers vor.

Nach einer Analyse der Institution *BUKO Agrar Koordination* folgt die, für die Diskursanalyse wichtige Positionierung der Organisation *Informationsbüro Nicaragua*, *KaffEEKampagne El Salvador* und *BanaFair*. Diese Organisationen waren maßgeblich an den Inhalten der jeweiligen Dossiers beteiligt.

In der Feinanalyse beschränkte ich mich auf Texte. Die häufig angebrachten Bilder habe ich nicht in die Analyse mit einbezogen, da die Texte ausreichend Informationen enthielten. In der Feinanalyse der ausgewählten Artikel habe ich die behandelten Themen in Haupt- und Nebenthemen eingeteilt. Haupt- als auch Nebenthemen, sowie die Schlüsselworte, wurden in möglichst treffende Themencluster geordnet. Fast alle Texte behandelten mehrere Themen und konnten mehren Themenclustern zugeordnet werden. Die von Jäger so genannte Diskurs(strang)verschränkung konnten in fast allen Texten erkannt werden.

Ein Thema ging in meine Wertung ein, sobald ihm mehr Aufmerksamkeit als eine bloße Erwähnung zukam. Hierbei hat sich eine Konzentration auf bestimmte Themencluster oder Diskursstränge ergeben. Die beiden Diagramme stellen die Gewichtung der Themencluster in den Dossiers „Kaffee“ und „Bananen“ dar.



Neben den Diskurssträngen beachtete ich in der Feinanalyse die Oberflächenstruktur der Texte, die Sprache, und ob Metapher verwendet wurden. Wichtig waren auch die Intention des Textes sowie die Überzeugung des Urhebers. Die Reihenfolge der Artikel in der Feinanalyse spielt für meine Analyse keine Rolle. Der Chronologie folgend habe ich zuerst die Artikel des Dossiers „Kaffee“ und dann jene der Ausgabe „Bananen“ angeordnet.

Die Feinanalyse der ausgewählten Artikel, das Hauptstück der Diskursanalyse, leitet mich zu den Schlussfolgerungen, in denen ich die häufigsten Themen und die Intention hinter dieser Themenauswahl in den BUKO Agrar Dossiers bespreche.

5. Diskursrelevante Organisationen

5.a. *BUKO Agrar Koordination (=BUKO AK)*

Die *BUKO* wurde 1977 in München gegründet, um die Arbeit der bereits bestehenden Dritte Welt Initiativen und Organisationen zu koordinieren und deren Aktionen zu bündeln. 2008 hatte die *BUKO* 150 Mitgliedsorganisationen. Das Ziel war „die oft isoliert voneinander arbeitenden Gruppen der Solidaritätsbewegung, die verschiedenen Arbeitsvorhaben, Kampagnen und Aktionen miteinander zu vernetzen und damit ihre politische Durchsetzungskraft zu erhöhen“ (www.buko.info/buko/buko.html#wiw [01.08.2008]). Der Anspruch aller *BUKO* Aktionen an sich selbst ist es der Frage nachzugehen, welche Rolle die Bundesrepublik „bei der Aufrechterhaltung der Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse gegenüber Ländern der Dritten Welt“ spielt (Aktionshandbuch Dritte Welt 1994: 99). Innerhalb der *BUKO* gibt es verschiedene Arbeitsschwerpunkte und Kampagnen, wie zum Beispiel „Stoppt den Rüstungsexport!“ oder die *BUKO* Pharmakampagne, die den Einfluss deutscher Pharmafirmen in der Dritten Welt untersucht.

Sitz der Geschäftsstelle ist, wie jener der *Agrar Koordination*, in Hamburg. Die *BUKO Agrar Koordination* wurde im Jahr 1981 von Mitgliedern der *Bundeskoordination Internationalismus* gegründet. Die *Agrar Koordination* wurde als Kampagne gegründet, um die „Öffentlichkeit über Zusammenhänge zwischen der Agrarwirtschaft in Industrie- und Entwicklungsländern sowie die Welternährungsproblematik“ zu informieren. Zentrales Element war und ist der Bezug zur so genannten Dritten Welt, das Aufzeigen der neoliberalen Handelspolitik sowie „Perspektiven zu entwickeln, die den Interessen der Marginalisierten ein stärkeres Gewicht verleihen“ (www.bukoagrar.de/14.html [01.08.2008]). In der Ausgabe 1992/1 der *Agrar Dossiers* beschrieb die *Agrar Koordination* ihren Arbeitsbereich folgendermaßen: „Die Agrar Koordination des BUKO befasst sich mit der oft skandalösen Ernährungssituation in Ländern der Dritten Welt“. Die Trägerorganisation der *Agrar Koordination* ist das *Forum für Internationale Agrarpolitik (FIA e.V.)*. Im Jahr 2008 waren fünf Personen bei der

Agrar Koordination im Büro angestellt. Nach eigenen Angaben überstieg das jährliche Spendenvolumen die 2000 Euro-Grenze nicht (www.bukoagrار.de/fileadmin/dateiupload/Bericht_2007.pdf [02.08.2008]). Finanziell unterstützten unter anderen der *Evangelische Entwicklungsdienst*, der *Katholische Fonds KEW*, das *BMZ (Bundesministerium für Zusammenarbeit und Entwicklung)*, *Brot für die Welt* und die *Aktion Selbstbesteuerung* die Öffentlichkeitsarbeit der *BUKO AK* (www.bukoagrار.de/92.0.html [01.08.2008]). Die *Agrar Koordination* kooperiert zusätzlich mit einer Vielzahl an Organisationen, so arbeitet sie zum Beispiel im *Eine Welt Netzwerk Hamburg* und in der *Werkstatt 3*.

Die aktuellen Themen der *Agrar Koordination* sind biologische Vielfalt sowie die Konvention über Biologische Vielfalt der UN, Ernährungssicherheit, Gentechnik sowie Agrarkraftstoffe. Die *Agrar Koordination* arbeitete unter anderen zu den Themen Futtermittelimporte der EU, EU-Nahrungsmittelhilfe, internationale Handelspolitik, Frauen in der Landwirtschaft. Auch organisierte und leitete sie Bildungsveranstaltungen, Seminare, Protestaktionen und Ausstellungen zu diesen Themen, um sie in die Öffentlichkeit zu tragen.

Die *BUKO AK* geben in unregelmäßigen Abständen die Publikationsreihen Rundbrief, Positionspapiere, Seminarreader und Kampagne-Hefte heraus; weitere Publikationen sind die *Agrar Dossiers* und die *BUKO Agrar Studien*. Letztere erscheinen wie die *Agrar Dossiers* seit dem Jahr 1989. Bis 1999 sind acht Nummern erschienen, welche sich aus wissenschaftlichen Studien zu Agrarthemen und Unterlagen zu Tagungsberichten zusammensetzten. Im Vergleich zu den *Dossiers* sind die *Studien* umfangreicher. Die Themen der *Agrar Studien* überlappen teilweise mit jenen der *Dossiers*. Die Studie aus dem Jahr 1992/3 behandelt wie das Dossier 1992/1 die Zuckerkampagne. Die Studie aus dem Jahr 1996/4 entstand ebenso wie das Dossier 1996/17 in Anlehnung an die Weltfrauenkonferenz in Beijing. Die dritte Publikationsreihe ist das *BUKO Agrar Info*. Diese vierseitige Publikation erscheint als einzige in regelmäßigen Abständen sechsmal pro Jahr. Bis Mai 2008 sind 158 Nummern erschienen. Das *Agrar Info* gibt „aktuelle Informationen über die Entwicklungen im Agrarbereich

unter dem Gesichtspunkt der Auswirkungen auf die Länder des Südens“ (www.bukoagrار.de/111.0.html [02.08.2008]).

Die *BUKO Agrar Koordination* versteht sich als Beitrag zur Bildungsarbeit. Sie erstellte Bildungsmaterialien zu den Themen Biologische Vielfalt und Ernährungssicherheit. „biopoli“ ist ein Bildungsprojekt, in dem die Themen Biopiraterie, Internationaler Agrarhandel, biologische Vielfalt und genetische Veränderung des Saatguts vorgestellt werden, deren Zielgruppe Schulklassen sind. Die *BUKO Agrar Koordination* bietet zudem Unterrichtsmaterialien und eigens ausgebildete ReferentInnen für Schulbesuche an. Die biopoli-Ausstellung informiert auf 15 farbigen Schautafeln über „den Zusammenhang zwischen biologischer Vielfalt, einer vielfältigen Landwirtschaft und der Sicherung der Welternährung“ (www.bukoagrار.de/11.0.html [02.08.2008]). Die Ausstellung kann gemietet werden. Ebenso kann das Gesellschaftsspiel „Jagd nach dem grünen Gold der Gene“ gemietet werden. Auf spielerische Weise sollen Jugendliche über das Thema Biopiraterie informiert werden.

5.b. *BanaFair (=BF)*

BanaFair entstand im Zuge der Nicaragua Solidaritätsbewegung und wurde als ein Regionalbüro der *Arbeitsgemeinschaft Nicaragua-Bananen* in Gelnhausen bei Frankfurt am Main gegründet. Nachdem ein US-Handelsembargo Nicaragua 1986 zwang, Bananen nach Europa zu exportieren, begann die *Arbeitsgemeinschaft Bananen* diesen Export zu unterstützen und sah darin gleichzeitig eine Möglichkeit, die Sandinisten wirtschaftlich und politisch zu stärken. Die Arbeitsgemeinschaft strebte eine „konkrete politische und materielle Unterstützung der sandinistischen Revolution“ an (Scharlowski 1995: 145). Der Export der *Nica-Bananen* vollzog sich erstmals ohne Einflussnahme der Bananenmultis. Zu diesem Zweck wurde die *BANANIC*, eine eigene Import- und Vertriebsfirma, in Deutschland gegründet.

1993 wurde der Import aus Nicaragua eingestellt und *BANANIC* hoch verschuldet von *Dole* übernommen. Der Bananenimport erfordert im Gegensatz zum

Kaffeeexport ein dichtes infrastrukturelles Netz. Die unreifen Bananen müssen in Kühlschiffen nach Europa transportiert werden. Verzögerungen in den Liefer- oder Lagerzeiten haben erhebliche Folgen für die Qualität der Bananen. Dieser logistischen Herausforderung war *BANANIC* nicht gewachsen.

Die *Arbeitsgemeinschaft Nicaragua-Banane* wurde in der Folge in *Arbeitsgemeinschaft Gerechter Bananenhandel (gebana)* umbenannt. Die Regionalbüros in Hannover, Managua, Konstanz und auch jenes in Gelnhausen mit dem Namen *BanaFair* blieben erhalten und begannen, Bananen aus kleinen und mittleren Betrieben in Costa Rica über bestehende Handelswege zu importieren. Dies brachte eine Änderung der Ziele der *gebana* mit sich. Unterstützt werden sollten nationale Betriebe in Entwicklungsländern, die sich von den so genannten Bananenmultis lösen wollen. Die gewerkschaftlichen Strukturen und die Rechte der Arbeiter sollten gestärkt werden. Finanziert wurden diese Anliegen durch den in Deutschland geleisteten Solidaritätsbeitrag beim Bananenkauf. Außerdem wurde den Produzenten ein Mindestpreis garantiert. Die Bananen wurden ohne das *Transfair* Siegel in Deutschland vermarktet. Der Unterschied zu *Transfair* Bananen lag und liegt laut *BanaFair* in der „Reflexion der sozialen Beziehungen zwischen Plantagenbesitzern und lohnabhängigen Beschäftigten“, sowie in der Wahrung sozialer und ökologischer Normen (Scharlowski 1995: 147).

Die Vermarktung der von *BanaFair* gehandelten Bananen findet vorwiegend über Dritte-Welt Läden und anderen alternativen Verkaufsstellen wie Naturkostläden oder VerbraucherInnengemeinschaften statt (<http://banafair.de/about/alltag.htm> [28.07.2008]). Seit 1998 konzentriert sich *BanaFair* auf die Kooperation mit dem kleinbäuerlichen Sektor und arbeitet mit *UROCAL*, einer ecuadorianischen Kleinbauernorganisation, zusammen. Zusätzlich importiert *BanaFair* von einem Kleinbauernverband auf den karibischen Windward Islands.

In der Gründerphase konnte die wirtschaftliche Unterstützung der Sandinisten nicht erreicht werden. Auch im Bananenhandel mit Costa Rica, Ecuador und den karibischen Windward Islands sind die ökonomischen Auswirkungen gering. Dennoch ist die gezielte finanzielle Unterstützung von ausgewählten Projekten

und Organisationen ein Arbeitsschwerpunkt *BanaFairs*. Der faire Handel ist der zweite Schwerpunkt. Der bedeutendste Arbeitsbereich ist aber die Öffentlichkeitsarbeit in der BRD, sei es über die sandinistische Revolution in Nicaragua oder über die Produktionsverhältnisse auf den Bananenplantagen anderer Länder. Dazu gehört auch, dass sich *BanaFair* für „Bildungs-, Informations- und Lobbyarbeit zu Bedingungen, unter denen Bananen produziert und vermarktet werden“ einsetzt (<http://banafair.de/about/wer.htm> [28.07.2008]).

Das Ziel der 1993 gegründeten Bananenkampagne war die „Unterstützung einer umwelt- und sozialverträglichen Bananenproduktion sowie die Förderung eines Fairen Handels“ (Die Kampagnezeitung. Nr. 8/9. März 2000. <http://www.banafair.de/download/filez/zeit89.pdf> [29.07.2008]). Die Bananenkampagne wurde von mehreren Organisationen unterstützt, unter anderem beteiligen sich die *BUKO Agrar Koordination*, *FIAN* und *Germanwatch*². Die Kampagne wurde vom Netzwerk *EUROBAN* (*European Banana Action Network*) getragen zu dessen Gründungsmitgliedern *BanaFair* zählt. *EUROBAN* ist ein Netzwerk von NGOs, das sich für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen auf den Bananenplantagen einsetzt, sowie für umweltverträgliche Produktion und fairen Handel Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit betreibt.

BanaFair ist Herausgeber der „Bananenkampagne Zeitung“, welche über die Tätigkeiten der Kampagne informiert. Außerdem gibt *BanaFair* „cuadernos“ (span. Hefte) und den „BanaFair Report“ heraus. Die „cuadernos“ sollen die Geschichte(n) der Banane erzählen und „einen Einblick in das Universum einer wahrlich eigenwilligen Frucht“ geben. Der „BanaFair Report“ besteht aus Texten unterschiedlicher Arten. Tagungsdokumente und

² FoodFirst Informations- und Aktions-Netzwerk (=FIAN) sieht sich als internationale Menschenrechtsorganisation, die sich dafür einsetzt, dass alle Menschen frei von Hunger leben können. FIAN hat Beraterstatus bei der UNO und nimmt so Einfluss auf das internationale Rechtssystem. FIAN leistet Kampagne-, Lobby- und Bildungsarbeit (www.fian.de [17.09.2008]). Germanwatch ist eine deutsche NGO, die sich für „Nord-Süd-Gerechtigkeit“ in Deutschland, Europa und internationaler Ebene einsetzt. Themen sind unter anderem „faire Handelsbeziehungen, verantwortlich agierende Finanzmärkte und die Einhaltung der Menschenrechte“ (www.germanwatch.org [17.09.2008]).

Analysen behandeln meist Themen der nachhaltigen und umweltschonenden sowie menschenwürdigen Bananenproduktion (<http://www.banafair.de/publ.htm> [29.07.2008]). Diese Publikationen waren Teil der Öffentlichkeitsarbeit *BanaFairs*. Zudem gab *BanaFair* Artikel in verschiedenen entwicklungspolitischen Zeitschriften über die Bananenproduktion mit all ihren Implikationen heraus. Sowohl der alte Geschäftsführer Boris Scharlowski als auch der neue Rudi Pfeifer gingen in Publikationen in entwicklungspolitischen Medien auf die Widersprüchlichkeiten des alternativen Handels ein und erwähnten den vorwiegend exemplarischen Charakter der Banane als Kolonialware und deren Einbindung in die Welthandelsstrukturen (vgl. zum Beispiel Scharlowski 1995 oder Pfeifer 2000).

BanaFair hat Regionalbüros in Konstanz, Hannover und Managua und ist für den Import und Vertrieb der Bananen zuständig. Eine aktuelle Kampagne wirbt für die Bio-Bananen der ecuadorianischen *UROCAL* (<http://banafair.de/aktuell.htm> [28.07.2008]).

5.c. Informationsbüro Nicaragua (=IBN)

Das *IBN* war Teil der bedeutendsten Länder-Solidaritätsbewegung in der BRD. Die Nicaragua Solidarität begann im Jahr 1978 den sandinistischen Befreiungskampf zu unterstützen. Im gleichen Jahr wurde das *IBN* gegründet. Ziel der Solidaritätsbewegung und auch des Informationsbüros war die Öffentlichkeit in der BRD über politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklungen in Nicaragua zu informieren und die *FSLN* (= *Frente Sandinista de Liberación Nacional*) in ihrem Befreiungskampf zu unterstützen. Ein weiteres Anliegen war die Bundesregierung zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit dem Samozaregime zu bewegen. Der Widerstand und die darauf folgende Revolution der *FSLN* gegen die Samoza-Diktatur symbolisierten für Mitglieder der Solidaritätsbewegung „einen neuen, dritten Weg“ (Klaus Hess, Mitglied des Informationsbüros Nicaragua seit 1983, in einem Interview mit den *Lateinamerika Nachrichten* <http://www.lateinamerikanachrichten.de/?/artikel/2680.html>

[31.07.2008]). In der Solidaritätsszene herrschte der Glaube an soziale Umwälzung mit der Machtübernahme der *FSLN*. Die Hoffnung einen Dritten Weg gefunden zu haben, sorgte für das Anwachsen der Solidaritätsgruppen. Nach dem Erfolg der sandinistischen Revolution entstanden in der BRD über 300 Solidaritätsgruppen, deren Koordination das *IBN* in Wuppertal übernahm. Zur Koordination gemeinsamer Aktionen und Kampagnen übernahm das *IBN* unter anderem die Pressearbeit, pflegte Kontakte nach Nicaragua, verwaltete Spenden und gab Informationsbroschüren und Bücher heraus (<http://www.informationsbuero-nicaragua.org/> [30.07.2008]). Das *IBN* unterhielt von Beginn an Kontakte zu nicaraguanischen Befreiungskämpfern und evangelischen Organisationen, die sich für den Sturz der Diktatur und die Verbesserung der Lebenssituation des nicaraguanischen Volkes einsetzten.

In den 1980er Jahren richtete sich der Fokus auf die Unterstützung Nicaraguas gegen die US-Invasion und auf den Wiederaufbau. Die Öffentlichkeitsarbeit in der BRD ging dazu über sich an Kampagnen zu beteiligen, die das Ausbeutungsverhältnis der Länder des Südens exemplarisch darstellten. Mittelamerika und im besonderen Nicaragua waren Beispiele der Herrschaftsverhältnisse und der Ausbeutung durch transnationale Konzerne. Das *IBN* nahm etwa an einer KaffEEKampagne teil, die das ausbeuterische Wirtschaften der KaffEEKonzerne in Mittelamerika und die Produktionsbedingungen, unter welchen der Kaffee für den Export produziert wurde, in die Öffentlichkeit trugen. Die Zusammenarbeit mit Großkonzernen sowie Parteien lehnte das *IBN* ab. Ebenso sprachen sich dessen Mitglieder kritisch gegenüber der Vermarktung fair gehandelten Kaffees in den Supermärkten und Siegelorganisationen aus. Bei dem Verkauf in Supermärkten würde das eigentliche Anliegen, die Informationsvermittlung, verloren gehen. Zudem würde den Großkonzernen die Möglichkeit gegeben durch einen Einstieg in den fairen Handel Imageaufbesserung zu betreiben (siehe BUKO Agrar Dossier 1992: 33).

Widersprüchen der regierenden *FSLN* begegnete das *IBN* mit „kritischer Solidarität“ (<http://www.lateinamerikanachrichten.de/?/artikel/2680.html>. [31.07.2008]) Fehlentscheidungen der Sandinisten sollten hinterfragt und nicht

kommentarlos hingenommen werden. Dennoch übte das Informationsbüro stets politische Solidarität mit den Sandinisten aus.

Teil der Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit waren Arbeitsbrigaden, die das *IBN* in Nicaragua organisierte. Die Solidaritätsgruppe war der Meinung, dass „politische Aktionen und praktische Solidarität“ in den Brigadereisen nach Nicaragua am besten kombiniert werden konnten (<http://www.informationsbuero-nicaragua.org/> [31.07.2008]). Die Brigadereisen dienten der direkten Unterstützung durch Freiwillige aus der BRD. Die Unterstützung äußerte sich in der eigenen Arbeitskraft in der Produktion und im Siedlungsbau in Nicaragua und in Zeugenaussagen bei Veranstaltungen und Pressemeldungen in der BRD. Zusätzlich wurden in Deutschland Spenden gesammelt um Projekte in Nicaragua zu unterstützen.

Vor allem in den 1980er Jahren publizierte das *IBN* Bücher und Studien zu den Themen Alphabetisierungskampagnen, die Position der Kirche in Nicaragua, der Landfrage oder Analysen der sandinistischen Wirtschaftspolitik. Das *IBN* gab 2008 eine Zeitschrift namens „movida“ heraus. Diese erschien in unregelmäßigen Abständen als Beilage der Zeitschrift *ila*. Sie behandelte vorwiegend aktuelle Themen wie Wahlen (movida 4/2000, 5/2001), Waldschutz (movida 5/2002) oder gender- und feministische Themen (movida 1/2003). Zudem gab das *IBN* das „Rundschreiben des Informationsbüro Nicaragua“ heraus. Das „Rundschreiben“ erschien zweimal jährlich und informierte über Politik, Kultur und Wirtschaft in Nicaragua.

Mit dem Beginn der 1990er Jahre und dem Ende der Regierungsbeteiligung der *FSLN* zog sich die Nicaragua Solidaritätsbewegung aus dem politischen Geschehen zurück. Die koordinierende Arbeit, die das *IBN* übernommen hatte, verlor an Bedeutung. In den Vordergrund rückte die Arbeit auf regionaler Ebene, wie Städtepartnerschaften und die finanzielle Unterstützung von ausgewählten Projekten und NGOs. Die Kooperation mit feministischen Organisationen wurde verstärkt. Das Aufweichen der machistischen Geschlechterverhältnisse und eine Verringerung der geschlechtsspezifischen Gewalt wurden Anliegen des *IBNs*.

Globalisierungskritik in Deutschland nahm zudem in den letzten Jahren einen wichtigen Teil der Öffentlichkeitsarbeit ein. 1999 beschrieb das *IBN* in einem Artikel der Lateinamerika Nachrichten seine Aktivitäten als weder auf Informationsvermittlung noch auf Nicaragua beschränkt (<http://www.lateinamerikanachrichten.de/?/artikel/1915.html> [30.07.2008]). Nicaragua diene als Exempel anhand dessen die Auswirkungen der ungerechten Welthandelsstrukturen auf weite Teile der Bevölkerung auf gezeigt wurden.

Klassische Solidaritätsthemen, wie die Landfrage, fanden sich auf der Agenda mit globalisierungskritischen Themen wie dem Freihandel mit den USA oder Auswirkungen der Maquiladora-Industrie in den mittelamerikanischen Ländern. Zum Thema „Frei Handel in Mittelamerika“ startete das *IBN* eine Kampagne. Im Rahmen dieser Kampagne wurden Bildungsmaterialien und Workshops angeboten. Das *IBN* setzte sich mit Flüchtlings-, Asyl- und Migrationsthemen in der BRD auseinander und unterstützte die Kampagne „kein Mensch ist illegal“.

5.d. Kaffeekampagne El Salvador (=KKES)

Auch die *Kaffeekampagne El Salvador* hat ihre Wurzeln in der Solidaritätsbewegung. 1989 wurde durch Anstöße von Mitgliedern der bereits existierenden *Infostelle El Salvador* die *KKES* gegründet. Ziel war eine Kampagne gegen den deutsch-salvadorianischen Kaffeehandel um die *FMLN* (=Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional) in ihrem Befreiungskampf zu unterstützen. Ein wichtiges Anliegen des salvadorianischen Volkes und der *KKES* war, in den bevorstehenden Friedensverträgen eine gerechtere Landverteilung durchzusetzen und somit die Landkonzentration, vorwiegend in Händen von Großgrundbesitzer, zu beenden. Die *KKES* wollte durch eine Kampagne den Boykott salvadorianischen Kaffees in der BRD, dem zweit größten Importeur salvadorianischen Kaffees, erreichen: „Durch spürbare Einnahmenverluste, sollte die den Krieg finanzierende salvadorianische Agraroligarchie zu Konzessionen im Verhandlungsprozess gezwungen

werden“ (<http://www.drittwelthaus-frankfurt.de/gruppen/kaffee/kaffeek.htm> [25.07.2008]).

Die *KKES* ging davon aus, dass sie mit der Kampagne die Öffentlichkeit in der BRD nicht nur über die ungleichen Besitzverhältnisse in El Salvador, sondern auch über die Rolle der internationalen Kaffeeunternehmen informieren könnte. Kaffee eignete sich um die Öffentlichkeit zu erreichen, da Berührungspunkte für jeden leicht zu finden waren. Die *KKES* verstand Kaffee als „Vehikel“ der politischen Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland (<http://www.drittwelthaus-frankfurt.de/gruppen/kaffee/kaffeek.htm> [25.07.2008]).

Die Kampagne hatte mäßigen regionalen Erfolg. Kaffeeautomaten in Unimensen und Cafeterien wurden zu Salvador-Kaffee freien Zonen erklärt. Nachhaltige Auswirkungen konnten allerdings nicht erzielt werden.

Mit der Unterzeichnung des Friedensvertrags 1992 orientierte sich die *KKES* um. Das ursprüngliche Ziel Einfluss auf den Friedensvertrag zu nehmen war obsolet geworden. Deren Unterstützung galt von nun an der Kaffee produzierenden Kooperation *La Cortadora*. Die Marke *La Cortadora- Kaffee für Land und Freiheit* wurde gegründet und zum Symbol der *KKES*. Durch die direkte Zusammenarbeit mit dieser Kooperative gelangte Kaffee auf alternativen Wegen ohne Beteiligung der Agrarelitén El Salvadors oder der transnationalen Kaffeeunternehmen nach Deutschland. Die alternative Kaffeeimportorganisation Mittelamerika Kaffee Im- und Export GmbH (=MITKA) übernahm die Einfuhr des Kaffees in die BRD. Der Boykott der Agrarelitén blieb in der Arbeit der *KKES* erhalten, hinzu kam die Unterstützung der kleinbäuerlichen und kooperativen Produktion. Das Motto des Kaffeehandels lautete „Kooperativen statt Bonzenkaffee“. Der Kaffee blieb der Ansatzpunkt aller Aktionen.

Der Kaffeeverkauf fand ausschließlich über Dritte-Welt-Läden und die *KKES* selbst statt. Diese wollte eine Alternative „zur Kumpanei zwischen Kaffeekonzernen in der BRD und Kaffeebaronen in El Salvador“ sein (<http://www.drittwelthaus-frankfurt.de/gruppen/kaffee/kaffeek.htm> [25.07.2008]). Die *KKES* lehnte den Vertrieb über Supermärkte ab. Auch distanzierte sie sich von Siegelorganisationen wie *Transfair*. Hauptvorwurf, sowohl gegen die

Vermarktung in Supermärkten als auch *Transfair*, war die Gewinnorientierung. Diese stehe über der Informationsvermittlung und dem Streben nach Veränderungen im Handel und der Kaffeeproduktion. Die *KKES* warf *Transfair* vor mit dem Grundprinzip des alternativen Handels „keine Zusammenarbeit mit denen, die für die Ausbeutung der kaffeeproduzierenden Campesina/os und Kooperativen verantwortlich sind“ zu brechen (<http://www.drittwelthaus-frankfurt.de/gruppen/kaffee/kaffeeek.htm> [25.07.2008]). *Transfair* ermögliche es Großkonzernen mit einer fair-trade Linie ihr Image aufzubessern und sich in das Geschäft mit dem guten Gewissen einzukaufen.

Neben dem alternativen Kaffeehandel war die Öffentlichkeitsarbeit das Hauptanliegen der *KKES*. Der Kaffeeverkauf war stets an Informationsvermittlung über die politischen Entwicklungen in El Salvador, die Produktionsbedingungen und den Kaffeehandel gebunden. Die Öffentlichkeitsarbeit war für die Kaffeekampagne das zentrale Element ihrer Aktivitäten. Sie betonte häufig bei Selbstdarstellungen, dass sie keine „Vermarktungsorganisation für alternativen Kaffee“ sei (vgl. z.B. Die Kaffeekampagne El Salvador in BUKO Agrar Dossier 1992: 35).

Die Aktivitäten der Öffentlichkeitsarbeit wurden in dem ein bis zweimal jährlich erscheinenden „Kaffeeklatsch“ vorgestellt. Hierbei handelte es sich um eine meist vierseitige Informationsbroschüre, die der *ila* beiliegt und in den letzten Jahren auch im Internet zu finden ist (www.cafe-cortadora.de/ [25.07.2008]). Im „Kaffeeklatsch“ wurden aktuelle Themen wie die Einführung des Verhaltenscodex für die globale Kaffeewirtschaft (Kaffeeklatsch Nr.29, März 2006) behandelt. Zudem berichtete der Kaffeeklatsch über Neuigkeiten aus den Lieferkooperativen und gegebenenfalls auch deren Wechsel. In der Ausgabe Nr. 27, April 2004 wurde von der erfolgreichen Umstellung auf Bio-Kaffee in einer Kooperative berichtet.

Die *KKES* veröffentlichte von Zeit zu Zeit Artikel in entwicklungspolitischen Zeitschriften über kaffeespezifische Themen in Mittelamerika, vor allem in El Salvador.

Entwicklungspolitische Studienreisen nach El Salvador und 2008 auch nach Nicaragua wurden von der *KKES* durchgeführt. Diese stellten ein Element der Bewusstseinsbildung dar. Sie sollten die Lebenswelten der Kooperativen näher bringen und über Geschichte, Politik und Wirtschaft des jeweils bereisten Landes informieren. Der Kaffee als prägendes Element der Entwicklungen stand im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit.

6. Diskursanalyse der BUKO Agrar Dossiers

6.a. Struktur und Organisation der BUKO Agrar Dossiers

Die untersuchten BUKO Agrar Dossiers erschienen seit 1989 in unregelmäßigen Abständen. In manchen Jahren, wie 1989 und 1990 kamen mehrere, in anderen, wie 1991 oder 1999, gar keine Ausgaben heraus. Im Dossier 1992 wurde das Erscheinen als „In der Regel vierteljährlich“ angekündigt, was allerdings nicht erfüllt wurde.

Die Agrar Dossiers waren eine von drei Publikationsreihen der *BUKO Agrar Koordination*, die im Schmetterling Verlag veröffentlicht wurden. Die Erstellung der Dossiers wurde von wechselnden Sponsoren unterstützt. Zu den regelmäßigen finanziellen Unterstützern zählten die *Generaldirektion für Entwicklung der Europäischen Kommission*, die *Evangelische Kirche*, die *Aktion Selbstbesteuerung* und das *Eine Welt Netzwerk Hamburg*. Gelegentlich unterstützten auch die *Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst*, *Misereor* und die *Senatskanzlei der Freien und Hansestadt Hamburg* finanziell die Entstehung der Agrar Dossiers.

Bis einschließlich der Ausgabe 1998/20 mit dem Titel „Saatgut“ wurden Angaben über die Auflage gemacht. Diese lag meist bei 1000 Stück. Die Ausgaben „Zucker“ und „Kaffee“, beide aus dem Jahr 1992, stellten mit 1500 Stück eine Ausnahme dar, wie auch die Nummer 1995/15 „Futtermittelimporte“, von der nur 750 Stück gedruckt wurden.

Die Agrar Dossiers erschienen bis auf eine Ausnahme als Einzelnummern. Die Ausgabe „Kaffee“ aus dem Jahr 1992 war eine Doppelausgabe. Bis zum Jahr 2007 erschienen 27 Ausgaben. Die Nummerierung der Dossiers war irreführend, denn die Ausgaben „Zucker“ und „Kaffee“ aus dem Jahr 1992 trugen die Nummern eins und zwei, obwohl in den Jahren 1989 und 1990 bereits sieben Agrar Dossiers erschienen sind. Chronologisch folgte den Ausgaben „Zucker“ und „Kaffee“ das Dossier „Landwirtschaft und Ökologie in Indonesien“ mit der Nummer elf aus dem Jahr 1993. Die Ausgaben drei bis zehn

schiene nicht auf. Ich halte mich in der Folge an diese Nummerierung, die auch auf den Dossiers selbst so abgedruckt ist.

Einige Ausgaben kamen im Rahmen einer Großveranstaltung oder eines Seminars heraus. Die Nummer 17 „Frauenwelten, Weltfrauen, Weltfrauenkonferenzen“ wurde im Jahr 1996 in Anlehnung an die Weltfrauenkonferenz 1995 in Beijing erstellt. Das Dossier wollte „ein kleines Spiegelbild“ dessen sein, was während und nach dem Gipfel geschah (vgl. Editorial S.3. BUKO Agrar Dossier 1995/17). Die Ausgabe 1995/15 „Futtermittelimporte“ basierte im Wesentlichen auf Vorträgen eines Seminars zu diesem Thema, das die *BUKO Agrar Koordination* mit *FIA* veranstaltete. Die Ausgabe „Biologische Vielfalt und Ernährungssicherheit“ war das Buch zur gleichnamigen Ausstellung von der *Agrar Koordination*. Das Dossier „Agrobiodiversität“ entstand im Vorfeld der 9. Vertragsstaatenkonferenz zur Konvention über Biologische Vielfalt, die 2008 in Bonn stattfand.

Einschließlich der Nummer 18 „Welthandel“ hatten die Dossiers das Format A4. Manche Ausgaben, wie die Nummer 17, 15 und die Doppelausgabe 9/10 entsprachen nur in der Breite A4, in der Höhe waren sie 2cm kürzer. Ab der Ausgabe 1998/19 „Soja“ erschienen die Dossiers im Format A5. Durch die Änderung des Formats stiegen die Seitenzahlen. Die Dossiers im großen Format hatten zwischen 52 und 76 Seiten, wobei die einzige Doppelausgabe sich mit 60 Seiten durchaus im Rahmen der Einzelausgaben bewegte. Die Ausgaben im kleinen Format beliefen sich auf 87 bis 132 Seiten. Texte und Bilder wurden in allen Dossiers schwarz/weiß gedruckt, nur die Umschlagseiten waren bunt. Bis zum Dossier 1998/20 „Saatgut“ wurde ausdrücklich Recyclingpapier verwendet. Danach wurden keine Angaben gemacht, wobei die meisten Ausgaben weiterhin auf recyceltem Papier gedruckt wurden. Der Preis der Dossiers schwankte. Die Ausgaben 12, 14 – 18 kosteten DM 10,00 (5,20 Euro), die Nummer 13 kostete DM 12,00 (etwa 6 Euro), die Nummern 19 und 20 kosteten DM 14,80 (und werden, sowie die Nummern 22 und 23, um 7,60 Euro verkauft). Die Nummern 21, 25 und 26 kosteten 8,80 Euro. Die neueste Ausgabe mit der Nummer 27 kostete 10 Euro.

Bis inklusive der Ausgabe 1995/16 „Kakao“ waren die Artikel in den Agrar Dossiers lose aneinander gereiht. Ab der Nummer 1996/17 „Frauenwelten, Weltfrauen, Weltfrauenkonferenzen“ fand eine Einteilung der Artikel in drei bis fünf Themenblöcke statt. Bei den Ausgaben, die sich einem einzigen landwirtschaftlichen Produkt widmeten (1992/1 „Zucker“, 1992/2 „Kaffee“, 1995/13 „Hanf“, 1995/16 „Kakao“, 1998/19 „Soja“, 2000/22 „Bananen“, 2000/23 „Milch“, 2000/24 „Tabak“, 2003/26 „Reis“) ähnelten sich die thematischen Schwerpunkte, sowohl in der losen Anordnung als auch bei der Einteilung in Themenblöcke. Zu Beginn stand eine Vorstellung des Rohstoffes. Es folgte eine Einführung über die Anbauregionen, die Verwendung, eine Kulturgeschichte und die Bedeutung des Produktes als Exportgut. Danach widmete sich meist ein Block den Produktionsbedingungen in Ländern der so genannten Dritten Welt und den Auswirkungen der Produktion auf die Umwelt. Ein weiterer Block thematisierte den Handel, in dem die Handelsbeziehungen, die wichtigsten Handelsunternehmen und der Absatz in Deutschland dargestellt wurden. Ein weiterer Block brachte Fallbeispiele, die meistens aus der gleichen Region stammten. Das Dossier 2003/26 „Reis“ bezog sich in fast all seinen Fallbeispielen auf asiatische Länder und die Ausgabe 2000/22 „Bananen“ schilderte vorwiegend die Situation in mittelamerikanischen Ländern. Weitere Themenblöcke waren alternativer Handel, die Vorstellung von Solidaritätsgruppen, sowie ein Themenblock, der sich der gentechnischen Veränderung der Pflanzen widmete.

Bei der Erstellung der meisten Dossiers kooperierte die *BUKO Agrar Koordination* mit anderen Organisationen. Das Dossier 2003/26 „Reis“ entstand in Zusammenarbeit mit *PAN (Pesticide Action Network Asia and the Pacific)*, einer NGO, deren Sitz in Malaysia ist. Diese Organisation setzte sich für eine nachhaltige und frauenfreundliche Entwicklung ein und kämpfte gegen den übermäßigen Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft. Das Dossier „Hanf“ wurde gemeinsam mit dem *IFAK (Institut für angewandte Kulturforschung)* mit Sitz in Göttingen herausgegeben. Bei den Kooperationen griff die *BUKO Agrar Koordination* auf das Fachwissen der NGOs zurück und lies diese mehrere Artikel verfassen. Die *KaffEEKampagne El Salvador* verfasste vier und das *Informationsbüro Nicaragua* drei Artikel in der Ausgabe 1992/2 „Kaffee“. Für drei Artikel des Dossiers 1998/20 „Saatgut“ waren Mitglieder des

Netzwerks *Gen-ethisch* zuständig. In der Ausgabe 2000/22 „Bananen“ verfassten Mitglieder oder ehemalige Mitglieder der Organisation *BanaFair* acht Artikel.

Die Kooperationen und Vernetzung mit entwicklungspolitischen NGOs dienten der Bündelung der Kräfte und des Wissens und halfen eine breitere Wirkung in der Öffentlichkeitsarbeit zu erzielen.

Die AutorInnen der Artikel waren Spezialisten aus dem Norden und dem Süden. Dementsprechend wechseln die Autoren und es gab keinen fixen AutorInnenpool. Häufig handelte es sich um Mitglieder von NGOs oder um Forschende auf den jeweiligen Gebieten. Ab der Ausgabe 1998/19 „Soja“ wurde dem Text direkt eine Autorenbeschreibung angefügt. Davor waren auf den letzten Seiten die Kontaktdaten und manchmal auch Informationen über die AutorInnen zu finden. Auch die AutorInnen des Editorials wechselten. Uneinheitlich waren die Angaben zu den Verfassern. Manchmal wurde der Name unter das Editorial gesetzt, manchmal wurde gar keine Angabe zum Verfasser gemacht, selten erschien die Bezeichnung „Die Redaktion“ als Verfasserin. Einige Male gab es gar kein Editorial. Auch die Redakteure und Endredakteure wechselten. Häufig übernahmen Mitglieder der *BUKO Agrar Koordination*, wie zum Beispiel in der Ausgabe 1998/20, oder AutorInnen, wie in dem Dossier 1996/17, diese Aufgabe.

6.a.1. Themen der Agrar Dossiers

Jede Ausgabe war einem Agrarthema oder einem Agrarprodukt gewidmet. Die Ausgaben der Jahre 1989 und 1990, behandelten Themen der Dritten Welt. Es handelte sich um die Themen: „Weizen als Waffe“ oder „Landwirtschaft und Ernährung in Ost und Süd“. Eine Ausgabe aus dem Jahr 1990 hatte erstmals einen Länderschwerpunkt: „Regenwald und Ökologie in Thailand“. Nur die Ausgabe 1993/13 „Landwirtschaft und Ökologie in Indonesien“ fokussierte auf ein Land. Das Dossier 1992/1 behandelte zum ersten Mal ein Produkt, nämlich Zucker. Neun der 27 Dossiers beschäftigten sich mit einem Produkt; mit meist typischen Kolonialwaren, wie Zucker, Kaffee, Kakao, Tabak, Bananen, oder es handelte sich um landwirtschaftliche Produkte wie Soja, die in den letzten Jahrzehnten einen Exportboom in den so genannten Dritte Welt Ländern oder Schwellenländern erlebten. Was über Soja im Editorial der Ausgabe 1998/19

stand, galt auch für die anderen auf das Produkt bezogene Dossiers. Es sollten „exemplarisch die Grundzüge struktureller Fehlentwicklungen des Welternährungssystems und des Agrarhandels zwischen Industrieländern und den Ländern des Südens“ aufgezeigt werden. Die Ausbeutungsverhältnisse sollten dargestellt werden und nach dem Grund der sinkenden Löhne und Erträge der Produzierenden wurde, wie im Editorial des Dossiers „Kaffee“ gefragt: „Was ist in den Gesellschaften Kaffee exportierender Länder los, die Kaffee zu Niedrigstpreisen auf dem Weltmarkt verkaufen?“ Fragen ob „der „faire Handel“ die Lösung für die Ungerechtigkeiten im Welthandel“ sei und wo dessen Grenzen lägen wurden nicht nur im Dossier Kakao gestellt, sondern auch in allen anderen auf Agrarprodukte bezogenen Dossiers.

Im Editorial des Dossiers „Reis“ wird dieses als Information über „Kultur und Vielfalt des Reises“ und „den damit verbundenen Lebensformen“ sowie über „die Gefahren, die von einer „modernen Wissenschaft“ ausgehen, welche traditionelles Wissen als „Aberglauben abtut“ beschrieben. In diesem Dossier ging es um Biopiraterie, Gentechnik und Kultur und nicht um Handel und Produktionsbedingungen, wie in den Dossiers, die Kolonialwaren behandelten.

Die Arbeitsschwerpunkte der *BUKO Agrar Koordination* „Biologische Vielfalt und Ernährungssicherheit“ machten sich auch in den Dossiers bemerkbar. Das Dossier 2002/25 „Biologische Vielfalt und Ernährungssicherheit“ bearbeitete die Themen gentechnische Veränderung von Saatgut und dessen Patentierung, die Verdrängung von Nutztier- und Pflanzenarten und die verschiedenen Bedrohungen der Ernährungssicherheit. Das Dossier 1998/21 „Fast Food“ ging Fragen zur Ernährungssicherheit und den Auswirkungen der Ernährungsumstellung in Richtung Fast Food nach. Die Ausrichtung des Dossiers 1998/20 „Saatgut“ ließ sich ebenso dem Arbeitsschwerpunkt „biologische Vielfalt und Ernährungssicherheit“ zuordnen. In diesem Dossier waren die Themen Patente von Saatgut, die wachsende Rolle der internationalen Saatgutkonzerne und Gesetze rund um Saatgut zu finden.

Auch die älteren Ausgaben arbeiteten in diese Richtung. Die Ausgabe 1994/12 trug den Titel „Gentechnik“ und in der Ausgabe 1995/15

„Futtermittelimporte“ formulierte die *BUKO Agrar Koordination* ihre Forderung „Keine Futtermittelimporte aus Dritte Welt Ländern“. Der Import von Futtermitteln aus Dritte Welt Ländern ginge zu Lasten der lokalen Nahrungsmittelproduktion und Sorge so für Engpässe in der Versorgung. Dieses Dossier behandelte also auch einen Aspekt der Ernährungssicherheit.

Die besondere Rolle der Frauen in der Landwirtschaft wurde in den Dossiers nur selten thematisiert. Im Anschluss an die vierte UN-Weltfrauenkonferenz in Beijing (1995) entstand die Ausgabe 1996/17 „Frauenwelten, Weltfrauen, Weltfrauenkonferenzen.“ Sie widmete sich ausschließlich der besonderen Lebenssituation von Frauen. Eigene Themenblöcke erschienen weder in den Ausgaben davor noch danach und nur wenige Artikel widmeten sich diesem Thema. Der Artikel „Nicht länger übergangen – Frauen in der Bananenindustrie fordern ihre Rechte“ von Hella Lipper in der Ausgabe 2000/22 beschrieb zum Beispiel die besondere Situation der Frauen auf den Bananenplantagen in Costa Rica.

Den Abschluss der meisten Dossiers bildete ein Infoteil. Dieser enthielt je nach Komplexität des Themas und verwendeter Fachsprache ein Glossar. Die Ausgaben „Futtermittelimporte“, „Saatgut“ und „Biologische Vielfalt und Ernährungssicherheit“ enthielten beispielsweise eines. In beinahe allen Ausgaben gab es weiterführende Literaturangaben oder Internetseiten, die Vorstellung von Organisationen, die sich mit dem Thema des Dossiers beschäftigten, sowie die Selbstdarstellung der *Agrar Koordination*. In wenigen Ausgaben, wie jener zum Thema „Soja“ und „Fast Food“, finden sich Kochrezepte.

Selten bildeten Fotogeschichten Teil eines Dossiers. In der Ausgabe „Agrobiodiversität“ dokumentierte eine „Fotostory“ Erntefeiern in Indien. Wenige Textzeilen ergänzten die Fotos. Im Dossier „Bananen“ stellte eine Bildergeschichte den „Weg der krummen Frucht von der Staude auf den Markt“ in einem indischen Bundesstaat dar.

6.a.2. Selbstverständnis der Agrar Dossiers

Die Agrar Dossier wollten „vertiefte Hintergrundinformationen“ und Analysen liefern, „die es dem/der LeserIn erlauben, sich ein fundiertes Bild von der jeweiligen Problematik zu machen“. Weder der Leser noch die Leserin wurde jedoch genauer definiert. Die Zielgruppe der Agrar Dossiers war die „Öffentlichkeit“, wie es zum Beispiel im Editorial des Dossier 1992/8 „Zucker“ hieß. Dieses Dossier entstand im Rahmen der Zuckerkampagne, die wie das Dossier „Zusammenhänge herausarbeiten und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen“ wollte (BUKO AD 1992/1: 1) . Im Editorial des Dossiers 2002/25 war das Streben ausgedrückt einen Beitrag zur öffentlichen Debatte leisten zu wollen. Zudem wollten die Autoren des Agrar Dossiers die Debatte zu diesem Thema erweitern: Wir „hoffen, dass es uns mit der vorliegenden Zusammenstellung gelungen ist, die öffentliche Diskussion zu bereichern“ (BUKO AD 2002/25: 7).

Die Agrar Dossiers sprachen kein Fachpublikum an. Die Wahl der Öffentlichkeit als Zielgruppe ging mit dem Anspruch einher, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit zu leisten. Im Klappentext der Ausgabe 2000/22 hieß es: „Das Dossier Bananen liefert Zusammenhänge und Hintergründe zur Vielfalt der Pflanze, zu deren Kolonialgeschichte und zur gegenwärtigen Handelspolitik“ (BUKO AD 2000/22). In einigen Dossiers fanden sich die gleichen Zeilen wieder. Nur die Produkte wurden je nach Dossier ausgetauscht „Am Beispiel der Welthandelsströme von Futtermittel lassen sich (...) exemplarisch die Grundzüge struktureller Fehlentwicklungen im Welternährungssystem und im Besonderen die Einflüsse der Agrarhandelsbeziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern aufzeigen“ (BUKO AD 1995/16: 16). Die Agrar Dossiers wollten den Handel zwischen dem Norden und dem Süden verständlich machen und die Beziehungen samt deren Auswirkungen zwischen den Ländern des Südens und der Nordens darstellen. Im Dossier 1992/1 „Zucker“ sollte dargelegt werden „welche Folgen, die europäische Agrarpolitik im Bereich Zucker für die Entwicklungsländer und für uns hat“. (BUKO AD 1992/1) Die Agrar Dossiers wollten zudem, wie im Klappentext der Ausgabe 1995/13 ausgedrückt wurde, in den öffentlichen Debatten die Position der Länder des Südens stärker einbringen:

wir wollen „einigen drittweltbezogenen Fragestellungen nachgehen, die in der bisherigen Diskussion höchstens am Rande auftreten“ (BUKO AD 1995/13).

Die *Agrar Koordination* wollte in deren Dossiers Reaktionsmöglichkeiten und Alternativen zu den dargestellten „Fehlentwicklungen im Welternährungssystem“ geben. Die Agrar Dossiers riefen zum Handeln auf, wie zum Beispiel im Klappentext des Dossiers 2000/22: „Die Arbeiterinnen und Arbeiter in den Anbauländern kämpfen seit mehr als einem Jahrhundert in ihren Gewerkschaften. Und sie brauchen dabei die Solidarität der Menschen aus der Ersten Welt“ (BUKO AD 2000/22). Auch im Editorial der Ausgabe 1998/20 wurde durch den Verweis auf vorgestellte Initiativen zum Handeln aufgerufen. Diese Initiativen würden „die Gelegenheit zu einer praktischen Mitarbeit bieten“ (BUKO AD 1998/20: 3).

6.b. Feinanalyse ausgewählter Artikel

BUKO AD 1992/2 „Kaffee“, Seite 33

*Ein Geist geht um in Europa –Alternativer Kaffeehandel heute –
Informationsbüro Nicaragua*

Hauptthema: Alternativer Handel

Nebenthema: Selbstdarstellung, Informationsvermittlung, Gewissen

Das *Informationsbüro Nicaragua* bezieht zum Thema alternativer Handel in der Rubrik Stellungnahme Position. Es ist keine Person als Autor angeführt. Es handelt sich um ein Positionspapier des *IBN*, weshalb auch keine Quellen angegeben sind. Der Text ist nicht in Unterüberschriften eingeteilt und erstreckt sich auf einer halben Seite. In Nicaragua fanden zur Zeit dieser Ausgabe Landbestzungen statt.

Schlüsselwörter: Informationsvermittlung, KleinbäuerInnen, alternativer Handel, Gewissen

Schon durch die Überschrift „Ein Geist geht um in Europa“ nimmt das *IBN* auf marxistisches Gedankengut Bezug und positioniert sich politisch links. Diese Anspielung drückt aus, dass in Europa eine neue „Ideologie“ aufkommt und sich eine Trendwende vollzieht.

Der Einstieg erfolgt direkt: „Endlich haben es auch die bürgerlichen Medien aufgegriffen. Der Spiegel kündigt die „Bohne mit Bonus“ an, die Frankfurter Rundschau berichtet über den „Fairen Lohn für die Kaffee-Bauern der Dritten Welt““. So distanziert sich das *IBN* von der „bürgerlichen“ Schicht und stellt die Debatte in der „Dritten-Welt-Soliszene“ gegenüber: hier „tobt die Auseinandersetzung (...) um die Vermarktung von vor allem Nicaragua-Kaffee in großen Supermarktketten nach dem holländischen Vorbild „Max Havelaar““ (IBN: Seite 33, Spalte 1, Zeile 1-10). Kern dieser Debatte ist der Anspruch moralisch zu handeln und die Informationsvermittlung über die Produktionsbedingungen und eine gerechte Wirtschaftsordnung, welche bisher nicht vom Verkauf des fair gehandelten Kaffees in Dritte-Welt-Läden zu trennen gewesen sei.

Durch die Vergabe eines Gütesiegels will der *Verein Transfair e.V.* fair gehandelte Produkte in Supermärkten absetzen. Das *IBN* kritisiert die Kriterien, die allerdings nicht genauer definiert werden, sowohl für die Vergabe des Gütesiegels als auch für die Auswahl der Kleinbauern, die im Rahmen *Transfairs* gefördert werden: „Uns erscheint, dass es sich im wesentlichen um „unsere“ Kriterien handelt (IBN: Seite 33, Spalte 2, Zeile 21-22). Unter „unsere Kriterien“ versteht das *IBN* mitteleuropäische Maßstäbe der Arbeitsorganisation, welche nicht die Lebensrealitäten der Länder der Dritten Welt und konkret die Nicaraguas widerspiegeln. Dabei fragt das *IBN* auch, was mit den zu jener Zeit besetzten Betrieben in Nicaragua passiert, ob diese auch in ein Programm des fairen Handels aufgenommen würden, da diese nach „herrschendem Verständnis illegal“ wären (IBN: Seite 33, Spalte 2, Zeile 18).

„Tauschen wir also ein schlechtes Gewissen gegen ein gutes?!“ (IBN: Seite 33, Spalte 2, Zeile 22-23) fragt das *IBN* und wirft der Vermarktungsstrategie über

Supermärkte vor, sich nur vordergründig mit den Problemen der Dritten Welt zu beschäftigen.

Abschließend spannen die Schreibenden den Bogen zur Einleitung und greifen die, an den Kauf des alternativ gehandelten Kaffees gekoppelte, Informationsvermittlung wieder auf. Es sei fraglich, was die Intention der großen Supermarktketten im Geschäft mit dem alternativ gehandelten Kaffee wäre. Ob es diesen wirklich um die Informationsvermittlung über „die ungerechte Weltwirtschaftsordnung und Ansätze zu ihrer Veränderung“ ginge oder ob die großen Ketten sich lediglich in den „Markt des „fair gehandelten Kaffees“ einkaufen“ wollen (IBN: Seite 33, Spalte 3, Zeile 18) und somit der Sinn des alternativen Handels verloren gehe.

Auch wenn die Intention des Textes unausgesprochen bleibt, erscheint sie klar. Die Vermarktung des alternativ gehandelten Kaffees soll weiter mit Hintergrundinformationen über den Handel, die Produktionsbedingungen, die Produzierenden selbst und die Entwicklungen im Land verbunden bleiben. Es widerstrebt dem *IBN*, den alternativ gehandelten Kaffee in den Supermarktregalen zu sehen. Eine „Aushebelung“ des Systems und eine bloße Gewinnmacherei mit dem „guten Gewissen“ werden befürchtet. Umso wichtiger ist dem *IBN* sich als Sprachrohr „der Basisbewegungen“ darzustellen und für die „Standpunkte der ProduzentInnen“ sowie „die Respektierung der Souveränität der Völker“ einzustehen (IBN: Seite 33, Spalte 3, Zeile 25-29).

BUKO Agrar Dossier 1992/2 „Kaffee“, Seite 41-43

Eddy Lopez im Interview mit dem Informationsbüro Nicaragua

„Die Kriterien der Produzenten berücksichtigen!“

IBN

Hauptthema: Produktionsbedingungen (Besitz), alternativer Handel

Nebenthema: Selbstdarstellung des IBN und der ATC

Der Text ist ein Interview mit dem *FSLN* Mitglied Eddy Lopez, der zu dieser Zeit in der Landarbeitergewerkschaft *ATC* (*Asociación de los Trabajadores del Campo*) tätig war. Das Gespräch fand im Zuge einer Reise von Eddy Lopez in der BRD statt. Das Anliegen des Interviewten war die Landfrage in Nicaragua. Das Interview erscheint in der Ausgabe zu Beginn der 1990er Jahre als das Chaos in der Landfrage, sowie die ungleichen Besitzverhältnisse in Nicaragua ein wichtiges Thema waren. Dieses und andere Themen, wie etwa der alternative Handel und die Verwendung des „Mehrpreises“, der aus dem alternativen Handel gewonnen wird, sind in Sinneinheiten ohne Überschrift abgedruckt. Inhalte aus diesem Interview verwendete das *IBN* in einem anderen Artikel („Ein Geist geht um in Europa“) der gleichen Ausgabe noch einmal.

Schlüsselwörter: Besitz/ Besitztitel, Solidarität, alternativer Handel, Gewerkschaft

Die Einstiegsfrage zielt auf eine Darstellung des Mehrpreises des alternativen Handels ab und fragt nach dem Zweck des „Aufpreises“, der von den Kunden im alternativen Handel gezahlt wird. Eddy Lopez antwortet mit der Darstellung seiner Tätigkeit. Er koordiniert den alternativen Handel der *ATC* mit mehreren Partnern. In Deutschland bestünden Abkommen mit der *gepa* und *MITKA*, in Österreich mit der *EZA* und in Italien mit *CTM*. Das Prinzip sei bei allen gleich: „Zunächst werden die Produktionskosten für den Kaffee zugrundegelegt: wenn sie unter dem internationalen Kaffeepreis liegen, kommt die Differenz den ProduzentInnen zugute; wenn die Produktionskosten über dem Weltmarktpreis liegen, zahlt der alternative Kaffeehandel 10% mehr als den Weltmarktpreis für Investitionen in die Sozialstruktur und in Projekte“ (Lopez: Seite 41, Spalte 2,

Zeile 16-23). Im Text folgt eine prozentuelle Aufspaltung in die einzelnen Verwendungszwecke: „*50% für Neuinvestitionen in die Produktion *20% für technische und gewerkschaftliche Ausbildung, *15% für die Frauenklinik, *15% für Rechtsberatung, d.h. für die Legalisierung der Interessen der LandarbeiterInnen“ (Lopez: Seite 41, Spalte 2, Zeile 1-8). Etwa 21.000 Menschen profitieren innerhalb der ATC von dem Aufpreis. Der Mehrpreis werde laut Eddy Lopez auch in die Hilfe zur Erlangung von Rechtstitel auf Landbesitz investiert. In einigen Fällen handelt es sich um das bloße Bleiberecht und die Rettung vor einer Verhaftung. Das Hauptproblem sei, dass die neue Regierung viele Grundstücke, die im Lauf der sandinistischen Revolution verteilt und in Kooperativen bestellt wurden, wieder an die vorherigen Besitzer zurückgeben möchte. Aufgrund des Widerstandes der Bauern, komme es häufig zu Verhaftungen.

Auf die Frage nach den Besitzverhältnissen in Nicaragua holt Eddy Lopez bis in die Kolonialzeit aus, in der er auch die Wurzeln der ungleichen Landverteilung und das Chaos in der Landvergabe ortet (Lopez: Seite 42, Spalte 1-2, Zeile 34-6). Mit der Aussage: „Nun wollen wir diese Geschichte zurückdrehen“ (Lopez: Seite 42, Spalte 3, Zeile 8-9) gibt er sich kämpferisch und legitimiert seinen Einsatz in der Landfrage.

Abschließend kritisiert Lopez, die amtierende Regierung und die Konstruktion des „Illegalen“, auch in Bezug auf die Vergabe von Landtitel, die die Teilnahme an alternativen Handelsprogrammen bedingen: „Die Wahrheit ist folgende: (...) die Auseinandersetzungen sind illegal, alles ist illegal in Nicaragua – auch in Lateinamerika – je nachdem, wer die Legalität definiert, wer die Kriterien festlegt“ (Lopez: Seite 43, Spalte 2, Zeile 10 – 22). Dies sei besonders problematisch, da sowohl *Max Havelaar* als auch *Frente Solidario* Besitzdokumente für die Aufnahme in Handelsprogramme voraussetzen: „Wir müssen uns nach denjenigen Kriterien richten, die sie ausgearbeitet haben (...). Das heißt in der Konsequenz: eine „illegale“ Bewegung kann nicht aufgenommen werden. Sie werden unsere Produkte nicht einfach deswegen kaufen, weil wir ein eindeutiges soziales Programm haben. Und genau hier sagen wir: es ist nötig, die Standpunkte der ProduzentInnen zu beachten.“ Lopez legt auch dar, dass es für

die Kaffee-ProduzentInnen unmöglich sei, sich an die Standards aller Vereine anzupassen. Vielmehr erwartet er von den Organen des alternativen Handels sowie generell „die Respektierung der Souveränität der Völker“ geltend zu machen (Lopez: Seite 43, Spalte 3, Zeile 26-27).

Der teilweise gendersensible Sprachgebrauch in diesem Text verstärkt Stereotype mehr, als sie aufzulösen. Ist die Rede von unterdrückten oder ausgebeuteten Personen, werden stets gendersensible Formen wie ArbeiterInnen, ProduzentInnen oder *campesinas/os* verwendet. Handelt es sich jedoch um Personen aus der „herrschenden Klasse“ werden ausschließlich Formen wie Besitzer oder Enteigner gebraucht. Der Autor streut immer wieder spanische Worte in den Text ein, vermutlich um seine Vertrautheit mit den Gegebenheiten zu demonstrieren.

Die Intention dieses Textes ist es, über die Landfrage in Nicaragua zu informieren und auf die positiven Effekte des fairen Handels hinzuweisen. Der Text dient der Kritik an den Siegelorganisationen und der Stärkung der Solidaritätsgruppen, die alternativen Handel ohne die Siegelorganisationen betreiben. Durch die persönliche Darstellung im Interview werden die Umstände in Nicaragua für alle Lesenden fassbar und die Probleme der Kaffeeproduktion erwecken Solidarität und geben Kaffeetrinkenden gleichzeitig gute Gründe alternativ gehandelten Kaffee zu kaufen.

BUKO Agrar Dossier 1992/2 „Kaffee“, Seite 35

Die Kaffeekampagne El Salvador

Kaffeekampagne El Salvador

Hauptthema: Selbstdarstellung

Nebenthema: alternativer Handel, ideologische Fragen

Dieser Artikel ist eine Selbstdarstellung der *Kaffeekampagne El Salvador* (die Schreibweise der Organisation ist in den Artikeln nicht einheitlich gehalten, ich verwende entweder die Abkürzung *KKES* oder die Schreibweise *Kaffeekampagne*

El Salvador) und erscheint in der gleichnamigen Rubrik. Da kein Autorennamen angegeben ist, handelt es sich um eine Autorengruppe oder eine Einzelperson, die stellvertretend für die ganze *KKES* schreibt. Die *KKES* ist zum Erscheinungsdatum noch sehr jung, sie wurde im Sommer 1990 gegründet und stellt in diesem Text ihr Profil vor. Es werden keine Quellen angeführt.

Auf der gleichen Seite befindet sich ein Bestellformular für die Zeitschrift „Kaffee-Klatsch“ und eine Werbung für das Buch „El Salvador – die Kaffeekolonie von innen“, das von der *KKES* herausgegeben wurde.

Schlüsselwörter: Informationskampagne, Solidarität

Der Einstieg informiert den Leser, wer und was die *KKES* nicht ist. Es handelt sich nicht um „eine Vermarktungsorganisation für alternativen Kaffee, weder importieren wir och (sic) handeln wir selbst mit Kaffee aus El Salvador“ (*KKES*: Seite 35, Spalte 1, Zeile 2). Nach der Selbstdarstellung handelt es sich um eine Gruppe, die im Sommer 1990 aus der Solidaritätsbewegung hervorging, um „die *FMLN* in den gerade angelaufenen Friedensverhandlungen mit unseren Mitteln zu unterstützen“ (*KKES*: Seite 35, Spalte 1, Zeile 9-11). Als geeigneten Weg hält die *KKES* den „Hebel-Kaffee“, erstens weil die BRD der zweitwichtigste Abnehmer des salvadorianischen Kaffees sei und zweitens, weil die „rechtsextreme *ARENA*-Regierung eng mit den Kaffeearbarnen verflochten ist“ (*KKES*: Seite 35, Spalte 1, Zeile 11-14). Die *KKES* entschied sich aus diesem Grund für eine Informationskampagne, die den Boykott von Kaffeemarken zum Ziel hat, welche salvadorianischen Kaffee verkaufen, „da mit diesem Kaffee der Krieg finanziert wurde“ (*KKES*: Seite 35, Spalte 1, Zeile 21-22). Einerseits werden große Supermarktketten wie *Tchibo*, *Eduscho* und *Jakobs* aufgefordert Kaffee mit salvadorianischen Anteilen aus dem Sortiment zu nehmen, andererseits werden „salvador-kaffeefreie Zonen“ in Uni-Mensen, Cafeterien, Hochschulen und sogar im Europaparlament eingerichtet.

Die *KKES* ändert ihr Vorgehen von der Informationsverbreitung zur Stärkung der kleinbäuerlichen Produktionsweise: „Oberste Priorität hat dabei die Stärkung der kleinbäuerlich-kooperativen Produktionsweise in El Salvador – eine Stärkung

allerdings, die weiterhin auf strukturelle Veränderungen der ökonomischen und politischen Verhältnisse abzielt“ (KKES: Seite 35, Spalte 2, Zeile 7-11).

Die *KKES* schlägt diese Richtung wegen der „verstärkten Nachfrage interessierter BürgerInnen nach alternativen salvadorianischen Kaffee“ und aufgrund des geringen Effekts der Boykottmaßnahmen auf die „Weltmarktstrukturen“ ein (KKES: Seite 35, Spalte 1, Zeile 30-32).

Die *KKES* grenzt sich nach eigenen Angaben so von den „Gütesiegel-Gruppen“ (KKES: Seite 35, Spalte 2, Zeile 12) ab, denn „Stärkung der Position der ProduzentInnen kann für uns nur über die Schwächung der Profiteure – hier die Konzerne, dort die Kaffeeoligarchie – gehen“ (KKES: Seite 35, Spalte 2-3, Zeile 13- 3). Daraus ergibt sich für die *KKES* auch das Motto „Kooperativenkaffee statt Bonzenkaffee“. Der Kaffeeerlös solle unter gar keinen Umständen den herrschenden Parteien und Eliten zugute kommen. Die *KKES* gibt an für einen verbesserten Weltmarktzugang des Kooperativenkaffees zu kämpfen und freut sich über die ersten hundert verkauften Sack desselbigen.

Abschließend bringt die Selbstdarstellung noch einige Informationen über den Handel und die Vermarktungswege. Die *MITKA*, welche den Kaffee von den beiden großen Genossenschaftsverbänden (*CONFRAS* und *COACES*) in El Salvador einkauft, übernimmt den Import. An diese Verbände geht auch der „Überschuss“ der durch den Verkauf des Kooperativen-Kaffees zustande kommt, um „deren politische und ökonomische Situation zu stärken“ (KKES: Seite 35, Spalte 3, Zeile 23-24). Wiederholend wird die Selbstdarstellung angeführt, die *KKES* sei eine: „politische Kampagne einer sozialen Bewegung, deren Vehikel der Kaffee ist“ (KKES: Seite 35, Spalte 3, Zeile 28-30).

Dieser Text dient der Selbstdarstellung. Er macht auf die *KKES* selbst und deren Produkte, wie das Buch, die Zeitschrift und den Kaffee aufmerksam. Zudem war es ein Anliegen der *KKES*, die Praxis der Siegelorganisationen zu kritisieren.

BUKO Agrar Dossier 1992/2 „Kaffee“, Seite 46-48

Die Kaffeekrise in El Salvador und ihre Opfer

KKES

Hauptthema: Produktionsbedingungen

Nebenthema: ideologische Fragen

Nach dem ersten Blick auf die Überschriften und den Vorspann wirkt dieser Artikel wie eine Reportage. Bei näherer Betrachtung kann man ein weiteres Positionspapier der *KKES* erkennen. Der Text beruht auf einem Interview mit zwei Gewerkschaftsführern von *Sindicato de Trabajadores de la Industria del Cafe* (=SICAFE) M. de Osorio und B. Abrego. Der Artikel wurde der Zeitschrift der *KKES* „Kaffeeklatsch“ entnommen. Wie bei anderen Texten der *KKES* auch, wird namentlich keine Person für den Text verantwortlich gemacht, sondern die *KKES* wurde als Autor angegeben.

Der Artikel ist in drei Teile gliedert. Diese sind durch Überschriften klar getrennt und kündigen den Inhalt der folgenden Passagen treffend an. Auf der zweiten Seite befindet sich eine Werbung für den Kaffee der Kooperative „*La Cortadora*“, welche mit der *KKES* kooperiert. Es werden keine Quellenangaben, sondern nur ein Verweis auf weiterführende Literatur und einen Bericht der Kooperative gegeben.

Schlüsselwörter: Gewerkschaft, Kooperative

Der erste Teil des Textes widmet sich den Folgen des Kaffeepreisverfalls und will verdeutlichen, dass im Kaffeegeschäft nicht alle gleichermaßen von der Preisminderung betroffen sind. Die Großgrundbesitzer profitieren seit der neoliberalen Wende 1989 in El Salvador von Vergünstigungen, wie „eine Senkung der Exportsteuern, eine Geldpolitik, die den Kaffeexport begünstigt und andere Maßnahmen“, sodass „sich die Gewinne der „Cafetealeros“ seit 1989 vergrößern“ (*KKES*: Seite 46, Spalte 1, Zeile 14-18). Allerdings wird nicht auf das absehbare Kriegsende verwiesen, dass auch zu steigenden Einnahmen, der Großgrundbesitzer führt. Ein flapsiger Übergang leitet zur Situation der

ArbeiterInnen in den Verarbeitungsindustrien über: “Nun zu der Realität der in den Verarbeitungsbetrieben (Beneficios) für die Veredelung des geernteten Kaffees Beschäftigten“ (KKES: Seite 46, Spalte 1, Zeile 19-22).

Die interviewten Gewerkschaftsvertreter werfen einem Plantagenbesitzer vor, er wolle die Krise nutzen und durch die Schließung einer Weiterverarbeitungsstätte seine „Betriebskosten senken“ (KKES: Seite 46, Spalte 2, Zeile 21-22). Denn in den Betrieben dieses Besitzers konnte die Gewerkschaft *SICAFE* einige Erfolge, wie einen kollektiven Arbeitsvertrag oder Zahlungen für medizinische Versorgung aller Arbeitenden, erreichen. Deswegen gehen die interviewten Gewerkschaftsführer davon aus, dass starke gewerkschaftliche Aktivität der Grund der Schließung war.

Als Alternative zum Privatbesitz wird der kooperative Sektor dargestellt, „der insgesamt ca. 10% der nationalen Produktion repräsentiert“ (KKES: Seite 47, Spalte 1, Zeile 17-18). Als Beispiel dient die Kooperative „*Las Cruces in Santa Ana*“ von welcher auch Kaffee als „Kooperativen Kaffee El Salvador“ unter dem Namen „*La Cortadora*“ in Deutschland verkauft wird.

Der, zugegeben subjektiv von einem Arbeiter der Kooperative dargelegte, Unterschied zur privaten Produktion äußert sich folgendermaßen: „hier behandeln sie uns gerecht. Du bekommst pünktlich und exakt deinen Lohn, Alkohol und Unverantwortlichkeit sind die einzigen Gründe, uns zu entlassen“ (KKES: Seite 47, Spalte 2, Zeile 5-9). Positiv zu bewerten an dieser Kooperativen sei auch, „daß 68 ehemals quasi besitzlose KaffeebauerInnen MiteigentümerInnen der Kooperative (*Asociada/os*) mit allen Partizipationsmöglichkeiten geworden sind“ (KKES: Seite 47, Spalte 2, Zeile 11-15). Mit Partizipationsmöglichkeiten sind soziale Einrichtungen wie: „eine Gesundheitsstation, die Durchführung von Alphabetisierungskampagnen, eine Lebensversicherung (...), der Bau neuer Häuser für MitgliederInnen“ (KKES: Seite 47, Spalte 2, Zeile 19-25) gemeint. Allerdings gibt es einen Unterschied, der „nicht zu übersehen ist“ (KKES: Seite 47, Spalte 2, Zeile 26) zwischen dem Profit der *Asociada/os* und jenem der ArbeiterInnen der Kooperativen. Statt einer Ausführung in welchem Maße *Asociada/os* und in welchem ArbeiterInnen von den sozialen Programmen der

Kooperativen profitieren, folgt abermals ein abrupter Themenwechsel: „Nun zu den Löhnen die die Kooperativen (sic) zahlt“ (KKES: Seite 47, Spalte 2, Zeile 31-32). Der Verdienst liegt zwischen jenem in der Kaffeeplantage „*Las Cruces*“, welche privat ist und sich durch sehr gute gewerkschaftliche Organisation auszeichnet und einem privaten Betrieb ohne gewerkschaftliche Organisation.

Die *KKES* äußert ihre Meinung über die Relevanz der Organisationsform der Kaffeeproduktion: „Hier eine etwas provokante Frage: Spielt die Vergesellschaftungsform des Betriebes für die ArbeiterInnen noch eine Rolle, wenn es ihnen materiell besser geht und sie ihre gesellschaftspolitischen Interessen, vermittelt durch *SICAFE*, massiv artikulieren können?“ (KKES: Seite 47, Spalte 2, Zeile 37- 43). Die Frage wird nicht weiter behandelt. Im Gegenteil, der Leser wird getröstet: „Dazu später“ (KKES: Seite 47, Spalte 2, Zeile 44) jedoch bleibt das Thema im Rest des Texts unangesprochen.

Der letzte Teil des Artikels dient der Stellungnahme in eigener Sache. Der Kampf wird dem Kapitalismus, der sich auf der Welt und nun auch in El Salvador ausbreitet, angesagt und der Einsatz für eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung wird ausgesprochen.

Die Vermarktung des Kaffees aus den Kooperativen und die Unterstützung der Gewerkschaften in den privaten Betrieben der Kaffeeproduktion stellen nur einen Teil der Arbeit der Solidaritätsgruppe dar. Wichtig sei auch: „die Unterstützung des Kampfes (...) gegen die herrschenden Strukturen hier und dort“ (KKES: Seite 48, Spalte 2, Zeile 5-8).

Die Kampfansage sprach mit klingenden Metaphern:

- „neoliberaler „show-down“ der rechten *ARENA-Partei* (KKES: Seite 48, Spalte 1, Zeile 15)
- „der Befreiungsprozeß in El Salvador (KKES: Seite 48. Spalte 1, Zeile 10)
- „Solange den Kooperativen (...) allenfalls der Charakter von „Inseln im kapitalistischen Meer“ zukommt, darf die Solidaritätsbewegung neben dem „Deichbau“ (=Vermarktung des Kaffees) die „Trockenlegung des Meers“ nicht aus den Augen verlieren.“ (KKES: Seite 48, Spalte 2, Zeile 30-38)

- „*La Cortadora*“ bringt die skandalöse Weltmarktordnung in Bewegung, wenn sie zum Hebel wird, Schritt für Schritt eine gesamtgesellschaftliche Alternative zum Neoliberalismus zu werden“ (KKES: Seite 48, Spalte 3, Zeile 21-26).

Bemerkenswert ist der durchgängig selektive gendersensible Sprachgebrauch in diesem Artikel. Bei Substantiven, welche vermutlich ausgebeutete Personen beschreiben, wird jeweils die männliche und weibliche Form verwendet. Dies ist der Fall bei Begriffen wie: ArbeiterInnen, KaffeeplückerInnen, MitgliederInnen, *Asociados/as* und ProduzentInnen. Nur die männliche Form wird hingegen bei dem Substantiv Großgrundbesitzer verwendet. Es bleibt allerdings unkommentiert, warum das in dieser Form gehandhabt wird.

Gelegentlich werden spanische Ausdrücke, wie ‚*Cafetealeros*‘ oder ‚*Asociada/os*‘, in den Text eingeflochten, um Vertrautheit mit den Umständen auszudrücken.

BUKO Agrar Dossier 1992/2 „Kaffee“, Seite 44-45

El Salvador: Zur Geschichte des Kaffeeanbaus

Mathias Proske, KKES

Hauptthema: Geschichte der Abhängigkeit vom Kaffee

Nebenthema: Besitzverhältnisse

Der Artikel erscheint 1992, als der Friedensvertrag in El Salvador erst unterschrieben wurde. Daher ließen sich dessen Auswirkungen auf Besitzverhältnisse, sowie die damit gegebenenfalls verbundene Umstrukturierung des Kaffeeanbaus vom Großgrundbesitz zu Kooperativen langfristiger noch nicht abschätzen.

Der Text ist nicht durch Zwischenüberschriften gegliedert, aber inhaltlich und auch mittels Absätzen gut strukturiert. Er stellt einen weiteren Beitrag der *KKES* dar. Diesmal wird, im Gegensatz zu den meisten anderen Artikeln der *KKES*, eine Einzelperson, Matthias Proske, als Autor angegeben. Matthias Proske war zur Zeit

der Erscheinung ein Mitarbeiter der KKES und im *El Salvador Komitee* tätig. Der Artikel ist klar und sachlich. Genaue Quellenangaben befinden sich am Ende des Textes.

Schlüsselwörter: Landbesitzverhältnisse, Kleinbauern, Exportabhängigkeit

Der Artikel liefert Erklärungen für die ungleichen Besitzverhältnisse und die wirtschaftliche Abhängigkeit El Salvadors vom Kaffeeexport. Es werden die, in der kolonialen Phase begonnen, Strukturen als eigentlicher Grund der ungleichen Besitzverhältnisse und der Exportabhängigkeit genannt: „Die spanischen Conquistadoren eigneten sich in der kolonialen Periode primär die Arbeitskraft der Indigenas an, um aus dem fruchtbaren mittelamerikanischen Boden einen möglichst hohen Ertrag zu erwirtschaften“ (KKES: Seite 44, Spalte 1, Zeile 30-35). Doch mit der Ausweitung der Produktionsflächen, so wie mit der Änderung der angebauten Produkte „(...) ließen die Kolonialherren (...) die Landbewohner vertreiben“, denn „das Land sollte der von nun da an [gemeint war die Indigoproduktion] für die ökonomische Entwicklung in Europa genutzt werden“ (KKES: Seite 44, Spalte 2, Zeile 5-9).

Der Kaffeeanbau, der die koloniale Indigoproduktion abgelöst hatte, verhärtete im 19. Jahrhundert die bestehende Ungleichheit und mit dem Aufkommen der neuen cash crops entstanden die Enklaven-Strukturen. 1882 wurde eine Landsteuer eingeführt, die viele Kleinbauern nicht bezahlen konnten und daher ihr Land verlassen mussten. Außerdem war gerade in der Anfangsphase nur reicheren Bauern der Kaffeeanbau möglich, da erst drei bis fünf Jahre nach der Aussaat mit der ersten Ernte und somit mit auch mit Einkommen zu rechnen ist. „Der Kaffeeboom fand 1933 einen Höhepunkt, als sein Exportanteil 45% ausmachte und sich die Kaffee-Exportwirtschaft in den Händen von nur 350 Produzenten befand. Bis heute hat sich an den Besitzstrukturen im agrarischen Bereich nur wenig geändert“ (KKES: Seite 44, Spalte 3, Zeile 15). Diese ungleichen Landbesitzverhältnisse waren auch einer der Hauptgründe für den zwölf Jahre andauernden Bürgerkrieg.

Der Autor geht davon aus, dass die Art der Kaffeeproduktion, also ob sie in Händen weniger Großgrundbesitzer bleibt oder kleinbäuerlich und kooperativ stattfindet, und die damit verbunden Landfrage die Zukunft El Salvadors entscheidet: „Ob der Kaffee zugunsten kleinbäuerlicher Besitzverhältnisse oder zugunsten oligarchischer exportiert wird, entscheidet über den Prozeß für mehr Gerechtigkeit. Ein Frieden ohne Gerechtigkeit ist in El Salvador nicht zu haben“ (KKES: Seite 45, Spalte 1, Zeile 36-41).

Der Text beabsichtigte die Abhängigkeit El Salvadors vom Kaffeeexport darzustellen und, über die ungleichen Besitzverhältnisse zu informieren. Matthias Proske sieht die Abhängigkeit der salvadorianischen Wirtschaft vom Kaffeeexport als unveränderbaren Umstand. Als einzige Möglichkeit zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Landbevölkerung versteht er Gewinne aus dem Kaffeeexport, welche nur erzielt werden könnten, wenn Kleinbauern selbst oder in Kooperativen in der Kaffeeproduktion tätig sind. Auf den alternativen Handel ging der Autor in diesem Artikel nicht ein. Proske verwendete in seinem Text spanische Begriffe, um Vertrautheit mit den Gegebenheiten auszudrücken.

BUKO Agrar Dossier 1992/2 „ Kaffee“, Seite 36-37

Dominikanische Republik: Warum Kleinbauern eine Kooperative gründen

Ulrich Findel

Hauptthema: Produktionsbedingungen (Arbeitsorganisation und Besitzverhältnisse)

Nebenthema: Kooperativenkaffee

Findel beschreibt die Lebens- und Produktionsbedingungen einer Gruppe Kaffee produzierender Kleinbauern im Hochland der Dominikanischen Republik. Hierbei bedient er sich vorwiegend eines einheitlichen Denkmusters, das Kleinbauern als ‚gut aber leider arm‘ und Großgrundbesitzer als ‚eigennützig und ausbeuterisch, die den Rücken von den lokalen Politikern und der Weltbank gedeckt bekommen‘, darstellt.

Der Artikel ist zeitlich nicht eingegrenzt, es handelt sich vermutlich um eine Beschreibung jenes Zustandes, als der Artikel veröffentlicht wurde. Der Text wird durch Zwischenüberschriften gegliedert, die den Inhalt der folgenden Absätze gut treffen. Der Autor gab keinerlei Quellen, die er für seinen Text verwendet hatte, an. Auch über den Autor selbst, finden sich keine Angaben. Ulrich Findel arbeitete in späteren Jahren als Büroleiter des Nürnberger Zertifizierungsunternehmens BCS Ökoservice, in Santo Domingo.

Schlüsselwörter: Kleinbauern, Genossenschaft/Kooperative

Der Text baut auf der Gegenüberstellung zweier Organisationsformen der Kaffeeproduktion auf. Er stellt einerseits die Produktion der Kleinbauern dar, die in die Mängel der Großproduktion geraten und sich von dieser zu befreien suchen und die Produktion im großen Maße auf einer so genannten *Finca*.

Die kleinbäuerliche Produktion wird durchwegs positiv dargestellt. Sie wird als „ökologisch gesehen die sinnvollste Nutzung dieser Bergregion“ beschrieben (Findel: Seite 36, Spalte 2, Zeile 34-36). Viel mehr noch: „Erst bei genauerem Hinsehen erkennt man den vermeintlichen Wald als Kaffeepflanzungen“ (Findel Seite 36, Spalte 2-3, Zeile 39-3). „Die Qualität des hier produzierten Kaffees ist hervorragend“ (Findel: Seite 37, Spalte 3, Zeile 32-33). Sympathie mit den Trägern dieser Produktionsform wird auch durch den Einstieg geweckt, der die Geschichte eines Volksschullehrers erzählt, welcher mit seinem Gehalt seine Familie nicht ernähren kann (nicht einmal die Schulmaterialien wurden für seinen Unterricht zur Verfügung gestellt und er bezahlte auch diese). Der Lehrer verdient sein Nebeneinkommen mit dem Kaffeeanbau. Doch seit er gemeinsam mit einigen anderen Kleinbauern aus der Region eine Produktionsgenossenschaft mit den nahe liegenden Großgrundbesitzern eingegangen war, findet er für seinen Kaffee keine Abnehmer mehr. Dieses Verhältnis ist, genau wie das Verhältnis der Kleinbauern und der Großgrundbesitzer außerhalb der Produktionsgenossenschaft, von Ungleichheit und Abhängigkeit der Kleinbauern von den Großgrundbesitzern gezeichnet: „Allerdings waren die Karten von Anfang an ungleich verteilt“ (Findel: Seite 37, Spalte 1, Zeile 2-5).

Die Großgrundbesitzer hingegen werden als gewinntüchtig und ausbeuterisch dargestellt: „Die Produktivität ist hoch, aber auch die ökologischen Schäden sind unübersehbar“ (Findel: Seite 36, Spalte 3, Zeile 19-21). „Während die Hernandez-Brüder lastwagenweise Kunstdünger in ihre Finca fuhren und auch im Exportgeschäft fleißig mitmischen, erfüllten sich diese Wünsche für die angeschlossenen Kleinbauern nie“ (Findel: Seite 37, Spalte 1, Zeile 10-15). „Als im letzten Jahr von der Regierung zusammen mit der Weltbank ein Projekt (...) durchgeführt wurde, gingen die Campesinos wieder leer aus“ (Findel: Seite 37, Spalte 2, Zeile 21-26).

Zu diesen Charakterisierungen schildert der Autor noch das Abhängigkeitsverhältnis der Menschen, die rund um die Kaffeeplantagen der Großgrundbesitzer leben, so wie deren politische Macht: „Die Hernandez-Brüder sind die größten und einzigen Arbeitgeber in der Region“ (Findel: Seite 37, Spalte 1-2, Zeile 41-2). „Neben der Abhängigkeit zum einzigen Arbeitgeber in der Region weiß jeder, daß gerade die Hernandez-Brüder auch gute Beziehungen zu den Lokalpolitikern haben“ (Findel: Seite 37, Spalte 2, Zeile 25-29). „Wer sollte in einer solchen Situation also auf Konfrontationskurs gehen und sich möglicherweise sozial isolieren und eine ökonomische Stütze des ohnehin kärglichen Familieneinkommens riskieren?“ (Findel: Seite 37, Spalte 3, Zeile 3-8)

Der Text informiert vordergründig nur über die Produktionsbedingungen. Jedoch beeinflusste der Autor durch die Charakterisierungen der verschiedenen Akteure eindeutig Sympathien und Antipathien bei seiner Leserschaft. Er instrumentalisierte diese, indem er indirekt zum Kauf alternativ oder fair gehandelten Kaffees aufrief. Als Ausweg aus der oben dargestellten Zwangslage wird die Gründung einer neuen Genossenschaft dargestellt, in der nur Kleinbauern teilnehmen dürfen: „Gemeinsam als Genossenschaft mit wirklichen Rechten und Pflichten für alle, hoffen sie auf den Exportmarkt zu kommen, vielleicht sogar mit solidarischen Kaffeepreisen, falls sich Genossen auf der Verbraucherseite finden“ (Findel: Seite 37, Spalte 3, Zeile 21-26).

BUKO Agrar Dossier 2000/22 „Bananen“, Seite 33-38

Exportierte Unfruchtbarkeit

Sterilität und Missbildungen durch das Wurmbekämpfungsmittel DBCP

Jürgen Knirsch (Greenpeace und ehemaliger Mitarbeiter der BUKO Agrar Koordination)

Hauptthema: Produktionsbedingungen (Pestizidanwendung)

Nebenthema: Moral

Der Artikel ist durch zwei Unterüberschriften gegliedert und inhaltlich klar aufgeteilt. Zwei Abbildungen stellen Aufklärungsmaterialien einer costaricanischen Gewerkschaft zum sicheren Umgang mit Pestiziden auf Bananenplantagen und deren Auswirkungen dar. Gezeichnete Bilder sind von kurzen spanischen Textpassagen erläutert, die nicht auf Deutsch übersetzt sind.

Am Ende des Artikels werden zahlreiche Quellenangaben angeführt.

Schlüsselwörter: Geschädigte, Schaden, Pestizideinsatz

Jürgen Knirsch umreißt in einem prägnanten Einsteig, die in seinem Artikel behandelten Themen und nimmt eine zeitliche Einordnung vor. Regional schränkt er sich auf Costa Rica ein, führt aber auch kurze Beispiele aus anderen Ländern an.

Der Artikel handelt von dem Pestizid DBCP, das zur Wurmbekämpfung auf Bananen- und Ananasplantagen eingesetzt wurde. Wegen der gesundheitlichen Folgen für die Arbeiter, wurde es von der WHO als „extrem gefährlich“ eingestuft. Die meisten Schäden entstanden in den 1970er Jahren.

Die Hauptintention des Autors war es, das verantwortungslose Verhalten der großen Bananenfirmen (*Chiquita*, *Del Monte* und *Dole* sowie deren Tochterfirma *Standard Fruit*) und der Pestizidhersteller (*Dow* und *Shell*) darzustellen. Sein Anliegen war es auch den schwierigen Weg für die Entschädigung der Opfer in Costa Rica zu schildern. Er tat dies sachlich, aber nicht ohne klar Stellung zu beziehen.

Knirsch stütze sich auf einen Artikel von einem US-amerikanischen Magazins, der über den Export von, in den USA verbotenen, Pestiziden in Dritte Welt Länder berichtete, allen voran DBCP. Dieser Artikel erschien 1979 und brachte „die DBCP-Story“ ans Licht (Knirsch: Seite 33, Zeile 25). Der Autor führt die Folgen des Pestizids an, unter ihnen Zeugungsunfähigkeit, Totgeburten, ungewollte Schwangerschaftsabbrüche und das Gebären missgebildeter Kinder. Er wirft den Chemieunternehmen vor, angegeben zu haben DBCP sei für Menschen unschädlich, obwohl andere Ergebnisse vorlagen.

Jürgen Knirsch geht auf das 1979 in den USA verhängte Verbot für DBCP und auf dessen weiteren Einsatz außerhalb der USA ein: „Die Verbote und Beschränkungen in den USA verhinderten jedoch nicht die weitere Anwendung von DBCP außerhalb des Landes“ (Knirsch: Seite 35, Zeile 7-8). Er klagt weiter an, dass *Standard Fruit*, eine Tochterfirma von *Dole*, wissentlich über die negativen Auswirkungen des Pestizids weiter DBCP verwendete, weil es billiger als andere Produkte war. Dies geschah zu einer Zeit, als DBCP in den USA schon verboten war.

Der Autor schildert wie in Costa Rica Zusammenhänge zwischen Unfruchtbarkeit von Landarbeitern in der Bananenindustrie und dem Einsatz von DBCP erkannt wurden: „Der Urologe Dr. Dominguez, der in der Hauptstadt San José unfruchtbare Bananeros behandelte, erfuhr von seinem in den USA lebenden Bruder von den Unfruchtbarkeitsproblemen unter den Occidental-Chemiewerkern und stieß so auf das Pestizid DBCP“ (Knirsch: Seite 35, Zeile 23-27). Durch öffentlichen Druck wurde die Einfuhr des Pestizids in Costa Rica im Jahr 1979 verboten. Costa Rica nahm damit eine Vorreiterrolle ein. Die Restbestände ließ *Standard Fruit* nach Honduras transportieren und auf den dortigen Plantagen versprühen, wo „honduranische Plantagenarbeiter wie zuvor auch ihre Kollegen in Costa Rica über die damit verbundenen Gefahren nicht informiert“ wurden (Knirsch: Seite 35, Zeile 35-37).

Der letzte Teil des Artikels fokussiert auf den Einsatz für Entschädigung der Arbeiter. 981 Arbeiter klagten die Erzeuger von DBCP, *Dow* und *Shell*, wegen der erlittenen Schäden. Acht Jahre nach deren Klage kam es zu einem

außergerichtlichen Vergleich: „Die Plantagenarbeiter erhielten Entschädigung von den Chemiefirmen Dow und Shell. Über die Summen mussten sie allerdings schweigen. (...) Ebenso hatten sie sich darauf verpflichtet, auf weitere Ansprüche zu verzichten“ (Knirsch: Seite 36, Zeile 18-21).

Der Autor schildert eine Klage von Opfern aus nicht näher erläuterten, anderen Ländern. Auch die Liste der Angeklagten wurde länger: „Die Klagen richteten sich nicht nur gegen Shell und Dow, sondern inzwischen auch gegen Occidental sowie gegen die Bananenmultis Dole, Chiquita und Del Monte und deren jeweiligen Tochterunternehmen“ (Knirsch: Seite 36, Zeile 36-39). Auch dieses Mal kam es zu einem außergerichtlichen Vergleich: „Arbeiter mit nachgewiesener Sterilität erhielten maximal 4.000 Dollar, andere durch das Gift Geschädigte gerade einmal 100 Dollar“ (Knirsch: Seite 36, Zeile 43-45).

Der Autor zeichnet Schuldzuweisungen zwischen den Bananenkonzernen und den Erzeugern des Pestizids nach. Außerdem führt er an, dass die Firmen immer wieder betonten, „daß ihre Zahlungsbereitschaft nicht als Schuldeingeständnis zu bewerten sei“ (Knirsch: Seite 37, Zeile 6-7). Der Artikel endet mit der Befürchtung, „daß der DBCP-Fall nur die Spitze des Eisberges in einer Serie ähnlicher Katastrophen sei“ (Knirsch: Seite 37, Zeile 19-20).

Knirsch gelang es mit sachlicher Sprache, die Vorfälle rund um die DBCP-Urteile zu schildern. Der Text kommt in der Information ohne rhetorische Mittel aus und emotionalisiert nicht. Der Artikel zeigt die Möglichkeiten der Arbeiter sich gegen Unrecht zu wehren. Zu kurz kam die Rolle der Gewerkschaften, die aufklärende Arbeit leisteten.

BUKO Agrar Dossier 2000/22 „Bananen“, Seite 39-43

Pestizidregen und Plastikmüll

Wie umweltfreundlich sind Costa Ricas Bananepflanzungen?

Jürgen Knirsch und László Maráz

Hauptthema: Umweltschäden, Pestizidanwendung

Nebenthema: Moral (Verantwortungslosigkeit der Bananenfirmen)

Der Artikel wird von vielen Bildern begleitet und durch Unterüberschriften inhaltlich getrennt. Die zwei Autoren geben verwendete Quellen an. Jürgen Knirsch hat in der gleichen Ausgabe einen Artikel über die Auswirkung von Pestiziden auf die Arbeiter der Bananenpflanzungen verfasst. László Maráz schrieb einen Artikel über Agrochemie und Biobananen. Er arbeitet in der NGO *Pro Regenwald*.

Schlüsselwörter: Pestizideinsatz, Schädigung

Der Textestieg umreißt das Thema des Artikels: „Was diese Produktion im Bananenland Costa Rica an Umweltschäden verursacht, soll nachfolgend skizziert werden“ (Knirsch/ Maráz: Seite 39, Zeile 17-19).

Der erste Abschnitt befasst sich mit dem „verschwinden der Wälder“, wie auch die Unterüberschrift lautet. Problematisch bei der Ausweitung der Pflanzungen wäre neben dem Auslaugen der Böden, die Verminderung der Artenvielfalt und der Rückgang der Grundnahrungsmittelproduktion. Wobei angemerkt wird, „daß allgemein der Anbau etwa von Reis oder Bohnen für die Selbstversorgung vernachlässigt wird, ist eher auf die bevorzugte staatliche Subventionierung des agroindustriellen Sektors zurück zu führen“ (Knirsch/ Maráz: Seite 39, Zeile 30-32).

Die Autoren legen dar, dass das Ausmaß der Pflanzungen nicht das eigentliche Problem ist. Die schlimmeren Folgen brächte „der immense Pestizideinsatz“ (Knirsch/ Maráz: Seite 40, Zeile 10) unter ihnen Pestizide, die von der WHO „in die höchste Gefährlichkeitsklasse eingestuft“ (Knirsch/ Maráz: Seite 41, Zeile 9-10) worden waren. Die Autoren teilen die verschiedenen Pestizide in vier

Gruppen ein und gehen auf deren Wirkungen und Gefahren für Mensch und Umwelt ein: „Paraquat führte und führt noch immer weltweit zu zahlreichen Todesfällen“ (Knirsch/ Maráz: Seite 41, Zeile 13-14). „Das erhöhte Auftreten einer bestimmten Krebserkrankung, die das Lymphdrüsensystem befällt, auf den Einsatz von bestimmten Herbiziden wie Glyphosat zurück“ (Knirsch/ Maráz: Seite 41, Zeile 20-24). „Die giftigen Duschen der Spritzflugzeuge verseuchen auch die Umwelt über die Pflanzungen hinaus und geht auf Wasserquellen und Wohnsiedlungen der dort lebenden Menschen nieder“ (Knirsch/ Maráz: Seite 41, Zeile 35-38).

„Ein Kilo Banane machen zwei Kilo Müll“ lautet die letzte Unterüberschrift. Die Autoren relativieren: „der größte Teil hiervon sind organische Abfälle“ (Knirsch/ Maráz: Seite 42, Zeile 16). Und daher nicht das eigentliche Problem. Schlimmer wäre Plastik, „das beim Anbau des grünen Golds zum Einsatz kommt“ (Knirsch/ Maráz: Seite 42, Zeile 22). Es werde Tieren oft zur verheerenden Falle. Die Autoren werfen die Möglichkeit des Recyclings auf, „allerdings sind die Recyclingkapazitäten im Land beschränkt. Und dann ist es auch eine ökonomische Entscheidung, ob Produktionsprozesse zugunsten der Umwelt umgestellt werden“ (Knirsch/ Maráz: Seite 42-43, Zeile 40- 2).

Intention der Autoren war, die umwelt- und gesundheitsschädlich Bananenproduktion auf den großen Plantagen anzuprangern. Die ökonomischen Interessen der großen Bananenkonzerne stünden über dem Schutz der Umwelt und der Gesundheit der Arbeiter. Die Autoren nennen in ihren Ausführungen jedoch weder Namen von Bananenfirmen, noch wogen sie das Vorgehen verschiedener Plantagen untereinander ab.

BUKO Agrar Dossier 2000/22 „Bananen“, Seite 29-32

Nicht länger übergangen

Frauen in den Bananenplantagen fordern ihre Rechte

Hella Lipper (BanaFair)

Hauptthema: Produktionsbedingungen/Frauenrechte

Nebenthema: Pestizidanwendung

Der Text ist durch Unterüberschriften gegliedert, die regionale Einschränkungen vornehmen. Der erste Abschnitt widmet sich vorwiegend der Situation der Frauen auf den Bananenplantagen in Costa Rica, und enthält eine Passage über Honduras. Der zweite Teil geht auf die Situation der Frauen in St.Vicente in der Karibik ein, wobei die Autorin der Überzeugung ist, dass sich auf den Plantagen in St. Vicente „in den Abläufen nur wenig von denen einer Arbeiterin in den Bananenplantagen Mittelamerikas“ (Seite 31, Zeile 8-10) unterscheide.

Am Ende des Artikels ist die verwendete Literatur angegeben.

Schlüsselwörter: Gewerkschaft, Produktionsbedingungen (Frauenaspekte)

Das Anliegen der Autorin war die Mehrbelastung der Arbeiterinnen auf den Bananenplantagen in Costa Rica aufzuzeigen: „Zusätzlich zu diesem Zwölfstundentag müssen die Frauen noch den Haushalt erledigen und die Familien versorgen. Für die Nachtruhe bleiben ihnen nur fünf oder sechs Stunden“ (Lipper: Seite 29, Zeile 3-6). Die Autorin erklärt die schwierige Lage der Arbeiterinnen: „Massive Probleme im Arbeitsalltag verursacht der ständige Umgang mit Chemikalien“ (Lipper: Seite 29, Zeile 7-8). Auf frauenspezifische Umstände werde keine Rücksicht genommen: „Während der Schwangerschaft sind Frauen den Chemikalien in der Verpackstation ausgesetzt. Viele erlitten spontane Fehlgeburten direkt an ihrem Arbeitsplatz. Kinder, die es schaffen geboren zu werden, leiden an Mißbildungen, Hautkrankheiten, Probleme der Lunge oder der Nieren, oder sie sind unfruchtbar“ (Lipper: Seite 29, Zeile 23-38). Zu diesen Belastungen kommt Gewalt in der Familie und sexueller Missbrauch: „Wird eine Frau eingestellt, muss sie nicht selten mit dem Vorarbeiter, oder einem

anderen Mann schlafen, anderenfalls wird sie entlassen“ (Lipper: Seite 29, Zeile 32-34).

Der Einsatz der Bananenarbeiterinnen, die hofften mit Hilfe der Gewerkschaften besser vertreten zu werden, wird von der Autorin als schwierig und langwierig geschildert: „die Gewerkschaften selbst haben die spezifische Situation von Frauen lange Zeit ausgeklammert“ (Lipper: Seite 30, Zeile 15-16). Dennoch konnten Fortschritte erreicht werden: „Die Notwendigkeit Frauen mit einzubeziehen ist zumindest nicht mehr strittig“ (Lipper: Seite 32, Zeile 22-23).

Die Autorin erwähnt den bestehenden Forschungsbedarf: „Woran es bislang allgemein mangelt, das sind Untersuchungen und Literatur über spezifische Frauenaspekte in der Bananenproduktion“ (Lipper: Seite 32, Zeile 24-25). Zum Schluss führt Hella Lipper positive Entwicklungen an: „Um Frauen aus verschiedenen Bananenbauregionen länderübergreifend die Möglichkeit zu geben über ihre besondere Lage zu diskutieren, ist nun vorgesehen die kommende Internationale Bananenkonferenz im Jahr 2000 als Frauenkonferenz zugestalten“ (Lipper: Seite 32, Zeile 26-30).

Lipper verfasste den einzigen Artikel im Dossier „Bananen“, der auf die Situation der Frauen eingeht. Sie lenkt in diesem Dossier mit sachlicher Sprache die Aufmerksamkeit auf die Mehrbelastung der Frauen.

BUKO Agrar Dossier 2000/22 „Bananen“, Seite 82-89

Sozial- und Umweltmindeststandards in der Bananenproduktion in Costa Rica

Foro Emaús (FE)

Hauptthema: Produktionsbedingungen (Umwelt und Arbeitsstandards)

Nebenthema: Selbstdarstellung

Der Artikel stammt von der costaricanischen Organisation *Foro Emaús*, die mit *BanaFair* kooperiert. Es ist keine Einzelperson als Autor des Artikels genannt, daher ist dieser Text als Selbstdarstellung oder Positionspapier des *Foro Emaús*

zu verstehen. Der Text ist in zwei Abschnitte gegliedert, der erste ist eine Stellungnahme und das Darlegen der eigenen Ansichten und Forderungen nach einheitlichen Standards in der Bananenproduktion in Costa Rica. Der zweite Teil ist eine Auflistung der geforderten sozialen und ökologischen Mindeststandards in der Bananenproduktion. Dieser Abschnitt enthält auch Kommentare, welche Standards Costa Rica ratifiziert hat und welche nicht.

Schlüsselwörter: Sozial- und Umweltmindeststandards, Schäden,

Das *Foro Emaús* kritisiert im einleitenden Abschnitt die Vergabe von Zertifikaten und internationaler Siegel an Bananenproduzenten, die weder „die nationalen Gesetze in Costa Rica“ noch „internationale UN-Konventionen“ einhalten müssen (FE: Seite 82, Zeile 4). Um welche Zertifikate, Siegel und Gesetze es sich handelt wird einleitend nicht geklärt. Aus dem Kontext kann man auf Zertifikate, Siegel und Gesetze im Umwelt- und Sozialbereich schließen. Weiters wird kritisiert, dass das Ziel dieser Zertifikate es nur sei „den Bananenabsatz zu erhöhen“ (FE: Seite, 82, Zeile 5). Gegensätzlich zu diesem Bestreben wäre jenes des *Foro Emaús*: „Eines der wichtigsten Ziele des Foro Emaús ist es, Veränderungsprozesse zu initiieren und zu unterstützen, damit die Bananenproduktion langfristig umweltverträglich und unter der Wahrung der Menschenwürde erfolgt“ (FE: Seite 82, Zeile 10-12).

Das *Foro Emaús* wiederholt seine Forderung und seine Ansichten mehrmals im ersten Teil des Textes: „Die Schäden durch die Vergiftung der Böden (...), der Luft, der Menschen [und] Tiere sind neben der herrschenden Ungerechtigkeit im Sozial- und Arbeitsbereich Anzeichen dafür, daß die Produktion eine tiefgreifende Änderung erfahren muß, damit sie sozial gerecht und umweltverträglich werden kann“ (FE: Seite 82, Zeile 16-20). „Das Foro Emaús und seine Mitgliedorganisationen sind zutiefst von der Notwendigkeit überzeugt, daß strukturelle Veränderungen im Umwelt- und Sozialbereich der Bananenproduktion erfolgen müssen“ (FE: Seite 82, Zeile 7-9).

Das *Foro Emaús* stellt sieben Thesen „über eine zukunftsfähige, nachhaltige Bananenproduktion“ vor (FE: Seite 82, Zeile 30-31). Diese umfassen die

Notwendigkeit eines geringern Pestizideinsatzes für eine nachhaltigere Entwicklung, das Einhalten nationaler und internationaler Sozial- und Umweltmindeststandards und das Ende der monokulturellen Bewirtschaftungsform. Eine Kooperation der Ministerien, der Bananefirmen und der Gewerkschaften, die ihre Arbeit frei und ohne Angst vor Repressalien durchführen können, wird als notwendig beachtet. Das *Foro Emaús* fordert, dass „Produktion und Vermarktung von organisch angebauten Bananen gefördert und unterstützt werden. Diese werden von Kleinbauern und Kooperativen, nicht aber von den bisher geförderten, großen Unternehmen hergestellt“ (FE: Seite 83, Zeile 30-33). Mit dem Nachsatz spricht sich das *Foro Emaús* noch einmal gegen die Bananenfirmen und deren Produktionspraktiken aus.

Es folgen sechs Seiten, auf welchen die vom *Foro Emaús* geforderten Sozial- und Umweltmindeststandards aufgelistet werden.

Bemerkenswert im Vergleich zu den anderen Artikeln ist der positive Bezug zu nationalem Recht und dem costaricanischem Staat. Wie es bei Enklavenökonomien oft vorkommt, werden in diesen die nationalen Richtlinien nicht eingehalten. Das *Foro Emaús* beruft sich auf die Einhaltung der relativ weitgreifenden costaricanischen Gesetze. Dieser Artikel stellt die eigenen Forderungen dar und prangert die großen Bananenkonzerne in Costa Rica an.

BUKO Agrar Dossier 2000/22 „Bananen“, Seite 91-96

Fairer Handel(n)

Alternativen für kritische KonsumentInnen

Rudi Pfeifer (BanaFair)

Hauptthema: alternativer Handel

Nebenthema: Selbstdarstellung

Der Geschäftsführer von *BanaFair* Rudi Pfeifer gibt in diesem Artikel einen Überblick von der Entstehung *BanaFairs* und anderen alternativen Handelsorganisationen von Bananen. Der Text ist durch Zwischenüberschriften

gegliedert, die einzelne Handelsgemeinschaften und Zertifikate vorstellen. Rudi Pfeifer gibt keine Quellen an.

Schlüsselwörter: Produktionsbedingungen, Solidarität, Sozial- und Umweltverträglichkeit

Der erste Teil des Textes zeichnet teils ironisch und kritisch die Entstehung von *BanaFair* und die Situation am Bananenmarkt in der BRD nach: „Wir schreiben das Jahr 1987. Ganz Deutschland befindet sich im Griff dreier US-amerikanischer Bananen-Multis. Ganz Deutschland? Eine kleine Organisation in der hessischen Provinz leistet Widerstand“ (BF: Seite 91, Zeile 1-5). 1987 wurde *BanaFair* bei Bananenaktionen im „(entwicklungs-) politischen und kirchlichen Alternativspektrum“ gegründet (BF: Seite 91, Zeile 8-9). Der Autor schildert den Hintergrund der Nicaragua Solidarität der Gründungsmitglieder: „Die „Nica-Banane“, eine politische Frucht mit klarer Botschaft, wurde zur Geburtshelferin des alternativen Bananenhandels“ (BF: Seite 92, Zeile 8-9).

Unter VerbraucherInnen genieße der faire Handel laut Umfragen breite Akzeptanz. Allein an der „praktischen Umsetzung in konkrete „Politik mit dem Einkaufskorb“ mangelt es noch“ (BF: Seite 91, Zeile 27-29). Der Autor stellt fest, dass sowohl der Umsatz der Bananen mit dem „TransFair-Siegel“ als auch der alternative Handel „von gepa bis zum Weltladen“ sich trotz aller Bemühungen im Nischenbereich abspielt.

Der zweite Teil des Artikels stellt andere, je nach Selbstverständnis alternative oder faire, Handelsgruppen vor. Diese waren *Pablitos*, eine Gruppe mittelgroßer costaricanischer Produzenten, die versuchten, unabhängig von den Bananenmultis zu agieren. *BanaFair* und das *Foro Emaús* kooperieren mit dieser ProduzentInnengruppe. Die als fair gehandelt zertifizierten Bananen durch die *Max Havelaar-Stiftung*, die mit kirchlichen Gruppen kooperiert, werden vorgestellt. Als weitere Initiativen wird der Dachverband der Siegelorganisationen *FLO* (=Fair Trade Labelling Organisations International) und *Fairnando* genannt. *Fairnando* kam über Probelieferungen an die Supermarktketten Rewe und Tengelmann, wegen angeblicher Qualitätsmängel nicht hinaus.

Die eigenen Prinzipien des Handels und der Kooperation werden in diesem Artikel angeführt. *BanaFair* beruft sich auf Umwelt- und Sozialstandards und konzentriert sich seit 1998 in der Handelszusammenarbeit auf die Kooperation mit dem Kleinbauernsektor. Die Gewinne aus dem Mehrpreis der alternativ gehandelten Bananen kommen schwerpunktmäßig Programmen „der Bananengewerkschaft in Zentralamerika“ zu gute (BF: Seite 95, Zeile 41-42).

Pfeifer gesteht abschließend Widersprüche beim alternativen Handel ein: „Der faire Handel, mit oder ohne Siegel, ist sicher nicht frei von Widersprüchen“. Er verteidigt den alternativen Handel um die Illusion aufrechtzuerhalten, dass es andere Produktions- und Handelswege gibt. Der faire Handel stellt zumindest „eine Chance für die notwendige Durchsetzung einer sozial- und umweltverträglichen Produktion sowie gerechterer Handelsstrukturen dar“ (BF: Seite 96, Zeile 10-12).

Der Artikel knüpft zum Schluss beim Einstieg an: „Wir schreiben das Jahr 2000. Ganz Deutschland befindet sich im Griff dreier US-amerikanischer Bananenmultis. Ganz Deutschland?“ (BF: Seite 96, Zeile 13-14). Das Ende bringt zum Ausdruck, dass Alternativen möglich sind und *BanaFair* ein gutes Beispiel darstellt. Pfeifer wollte mit diesem Artikel Sympathien bei den Lesern für die Organisation *BanaFair* erzeugen.

BUKO Agrar Dossier 2000/22 „Bananen“, Seite 100

Chiquitas’ „Better Banana Project“

Ute Sprenger

Hauptthema: Siegel (Öko-Zertifizierung)

Nebenthema: Produktionsbedingungen (Pestizideinsatz)

Der Text erscheint als einer der wenigen Exkurse im Dossier „Bananen“. Er erstreckt sich über eine Seite und ist nur durch Absätze gegliedert. Die Autorin gibt keinerlei Quellenangaben oder Hinweise auf weiterführende Literatur. Ute

Sprenger arbeitete als freie Publizistin und Gutachterin zum Schwerpunkt Umwelt und Entwicklung in Berlin.

Schlüsselwörter: Siegel, Umwelt

Sprenger kritisiert das von *Chiquita* eingeführte Ökosiegel für Bananenplantagen in Costa Rica. Besonders die Werbestrategien der Bananen erzeugenden multinationalen Konzerne stehen am Pranger, denn diese hätten mit großem Werbeaufwand in den USA und Europa die Vorstellung erzeugt, dass „Gardemaß und eine fleckenlose Frucht für Qualität bürgen“ (Sprenger: Seite 100, Zeile 2). Aber um diese Kriterien zu erreichen, müssen an anderer Stelle Abstriche gemacht werden: „die appetitlichen Früchte [sind] für die Natur und die Arbeiter im Chemiedunst der Plantagen eher unbecömmlich“ (Sprenger: Seite 100, Zeile 3-4).

Die Autorin bewertet die Einführung eines Ökosiegels von *Chiquita* kritisch. Das Ökosiegel diene dem „Imagegewinn beim Verbraucher“ und würde zur Kosteneinsparung durch die Reduktion des Pestizideinsatzes eingeführt. Dieser betrage immerhin, nach Berechnungen des costaricanischen Bananenverbandes, 20 Prozent der Produktionskosten. Das Siegel „ECO-OK“ sage nichts weiter aus, als dass die zertifizierte Plantage „weniger umweltschädlich anbaut als üblich“ (Sprenger: Seite 100, Zeile 16). Sprenger fordert unter anderem einen gezielten Einsatz von Pestiziden, das Recyceln organischen und Plastikmülls und das Einhalten von Abständen zum Umfeld der Plantagen bei Sprühflügen. Das „Better Banana Project“ soll nach eigener Darstellung „einen Kompromiss zwischen Umweltidealen und den Realitäten der tropischen Landwirtschaft schaffen“ (Sprenger: Seite 100, Zeile 21-22). Ute Sprenger zitiert den Umweltbeauftragten von *Chiquita*: „Es ist ein langer Weg, aber wir schreiten mit großen Schritten voran“ (Sprenger: Seite 100, Zeile 24-25).

Dieser Darstellung stellt Sprenger die Schilderung der Leiterin des Pestizidsprogramms an der Universität Costa Ricas gegenüber. Diese kritisiert, dass die Vorgaben nicht kontrolliert würden: „Es wird gefordert die Sprüheinsätze über Flußläufen zu vermeiden. Doch niemand überprüft, wieviel in die Flüße

verweht“ wird (Sprenger: Seite 100, Zeile 38-39). Außerdem würden „keine konkreten Schritte zur Senkung der Mengen an Agrochemie vorgesehen sein“ (Sprenger: Seite 100, Zeile 41-42). Positiv wird dennoch bemerkt, dass die Plastikabfälle zu Wegsteinen auf den Plantagen verarbeitet, statt einfach „wild entsorgt“ werden.

Ute Sprenger beurteilt *Chiquitas* Initiative als reines Marketing ohne bedeutende Auswirkungen auf die Produktionsweise auf den Plantagen. Vielmehr kritisiert sie die Umweltzerstörung durch die Bananenwirtschaft: „Tatsächlich sieht es auf Chiquita Fincas noch immer aus, wie auch andersorts in Costa Ricas Bananenenklave (...) kein Vogelgezwitscher, kein Schmetterling und auch Affenfamilien, die früher die Wälder bevölkerten sucht man vergeblich in den Baumwipfeln“ (Seite 100. Zeile 43-46).

Sprengers Absicht bestand darin, das Vorgehen *Chiquitas* zu kritisieren. Das Engagement der Bananenfirma diene vorwiegend der Imageverbesserung. Sie übte fundierte Kritik, indem sie sich auf das Fachwissen der Leiterin des Pestizidsprogramms der Universität Costa Ricas stütze.

7. Schlussfolgerungen

7.a. Sprachliche Mittel

Ein übliches Mittel in den analysierten Texten der BUKO Agrar Dossiers war die vereinfachte Darstellung. Meist wurden Probleme und Ereignisse linear geschildert und dem Ursache-Wirkung Prinzip unterworfen. Die von Hanak geortete Stereotypisierung ist in den Texten der Agrar Dossiers zu finden. Diese Darstellung ist eine Reduktion der Komplexität von entwicklungspolitischen Ereignissen. Aus dieser Reduktion ergab sich, dass Schuldige für Missstände und Fehlentwicklungen benannt werden konnten. Anhand der Solidaritätsarbeit, welche die *KaffEEKampagne El Salvador* leisten wollte, lässt sich dies exemplarisch zeigen. Ihre Solidarität hatte „die Verbindung von materieller Unterstützung des Kampfes gegen die Oligarchie in El Salvador und gegen die herrschenden Strukturen hier und dort (Boykott des Kaffees der salvadorianischen Oligarchienkaffees, Aktionen vor den Filialen bundesdeutscher Kaffeeunternehmen)“ zum Ziel. In der Klammer wurden die, ihrer Meinung nach, Verantwortlichen für Fehlentwicklungen benannt. In El Salvador wären vorwiegend die Kaffeeelite und in Deutschland die Kaffeeunternehmen für Armut und Ungleichheit verantwortlich.

Auffallend in den Texten der Agrar Dossiers war auch, dass Kleinbauern und Kooperativen als Opfer der nationalen Eliten sowie der transnationalen Unternehmen dargestellt wurden. Die Vorstellung der Kleinbauern fand wohlwollend und anerkennend statt. Der Leser sollte Sympathie und Solidarität zu diesen aufbauen. Ein Beispiel hierfür entnehme ich einem Artikel von Ulrich Findel: „die traditionelle Kaffeepflanzungen der Kleinbauern sind ökologisch gesehen die sinnvollste Nutzung, (...) auf den ersten Blick [erscheint] alles wie Naturwald (...). Die Qualität des auf dieser Höhenlage erzeugten Kaffees ist einer der besten im Land.“ Kleinbauern wurden in die Rolle der Opfer gedrängt: „Während die Herndandez-Brüder lastwagenweise Kunstdünger in ihre Finca fuhren und auch beim Exportgeschäft fleißig mitmischen, erfüllten sich die Wünsche für die angeschlossenen Kleinbauern nie: nicht einer von ihnen konnte

auch nur einen Sack seines selbstproduzierten Kaffees über die Genossenschaft und der ihr zugestandenene Quote exportieren“ (Findel 1992: 37).

Selten wurde in den analysierten Artikeln die Stereotypisierung durch selektiven gendersensiblen Sprachgebrauch verstärkt. Substantive, die Personen beschrieben mit denen sich die Autoren solidarisch zeigten, wurden gendersensibel verwendet. Beispiele lassen sich in Texten der *KKES* finden: „Die öffentliche Diskussion (...) vermittelt den Eindruck, daß der Preisverfall des Kaffees alle (...) Beteiligten gleichermaßen trifft. Den Großgrundbesitzer wie die ArbeiterInnen“ (KKES 1992: 46). Das *IBN* drückte ebenso durch selektiven gendersensiblen Sprachgebrauch Sympathien und Antipathien aus: „Die Regierung Nicaraguas entscheidet, eine Finca an die alten „Besitzer“ zurückzugeben, und die ArbeiterInnen rebellieren dagegen; dann werden die AnführerInnen der ArbeiterInnen verhaftet und bekommen einen Prozeß“ (IBN 1992: 41).

Viele Textpassagen in den BUKO ADs forderten zum Vergleich der Lebenswelten der Produzierenden und jener der Lesenden auf. Rainer und Pinter sehen darin ein Mittel der entwicklungspolitischen Öffentlichkeitsarbeit (Rainer 2000: 26, Pinter 1989: 98). Solche Vergleiche bezogen sich meist auf den Alltag und die Arbeitsbedingungen auf den Plantagen. Eine Textpassage von Hella Lipper illustrierte am Beispiel costaricanischer Plantagenarbeiterinnen: „Zusätzlich zu diesem Zwölfstundentag müssen die Frauen noch den Haushalt erledigen und die Familie versorgen. Für die Nachtruhe bleiben ihnen nur fünf oder sechs Stunden“ (Lipper 2000: 29).

In manchen analysierten Texten wurde die personifizierte Darstellung gewählt. Sie sollte die „fremde Lebenswelt“ in einfacher und persönlicher Form näher bringen. Ein Beispiel entnehme ich dem Text von Ulrich Findel: „Domingo ist eigentlich Volksschullehrer. Nebenbei betreibt er mit seiner Frau eine kleine Landwirtschaft und baut auch Kaffee an. Diese (...) sicherte (...) bisher den Unterhalt seiner Familie“ (Findel 1992:36).

Vor allem in der Ausgabe 1992/2 „Kaffee“ war es in den Artikeln üblich spanische Begriffe an Stelle der deutschen zu verwenden. Damit sollte

Vertrautheit zu den Gegebenheiten demonstriert werden. Häufige Ausdrücke waren *campesinos/-as*, *finca*, *asociados/-as*, *cafetaleros* oder auch der in der Ausgabe „Bananen“ verwendeten die Autoren den Fachausdruck *bananeros*.

Metaphern wurden vorwiegend von der *KaffEEKampagne El Salvador* und dem *Informationsbüro Nicaragua* gebraucht. Das folgende Beispiel stammt aus einem Text der *KKES*: „Solange den Kooperativen (...) allenfalls der Charakter von „Inseln im kapitalistischen Meer“ zukommt, darf die Solidaritätsbewegung neben dem „Deichbau“ (=Vermarktung des Kaffees) die „Trockenlegung des Meers“ nicht aus den Augen verlieren“ (KaffEEKampagne El Salvador 1992: 48).

Kollektivsymbole, die bei Jäger ein Element der kritischen Diskursanalyse darstellen, ließen sich auch in den BUKO ADs finden. Als Kollektivsymbol trat der Kleinbauer oder die kleinbäuerliche Produktionsweise auf. Sie waren die zu schützende Einheit mit der sich die Autoren solidarisch zeigten. Die kleinbäuerliche Produktionsweise wurde als von den Eliten oder Großkonzernen bedroht dargestellt und verkörperte das ländliche Idyll. Sie war es auch, die biologische Vielfalt schützte und umweltfreundlich produzierte.

Direkte und indirekte Appelle und Aufforderungen an die Leser formulierten die Autoren in den Agrar Dossiers bewusst und absichtlich. Zumeist befanden sie sich am Ende des Textes oder im Editorial. Das folgende Beispiel einer indirekten Aufforderung stammte aus einem Artikel im Dossier „Kaffee“: „sie [die Mitglieder der Genossenschaft] hoffen auf den Exportmarkt zu kommen, vielleicht sogar mit solidarischen Kaffeepreisen, falls sich Genossen auf der Verbraucherseite finden. Dies würde die soziale Sicherheit erhöhen, Abhängigkeiten verringern helfen, die kleinbäuerliche [und] ökologische Anbauweise unterstützen“ (Findel 1992: 37).

7.b. Schwerpunkte

Die *Agrar Koordination* verfolgte in der Öffentlichkeitsarbeit nach eigenen Angaben vor allem zwei Themen. Das eine war die exemplarische Darstellung des Welthandels, das andere widmete sich vor allem Fragen der Ernährungssicherheit. Der Welthandel wurde in den analysierten Artikeln in vereinfachter Form behandelt, ohne eine Verbindung zur Ernährungssicherheit in den betroffenen Ländern herzustellen. Den Auswirkungen der Enklavenökonomien auf die Nationalökonomien der Erzeugerländer und somit auch die Ernährungssicherheit in den jeweiligen Ländern wurde nicht nachgegangen. Ausführlicher wurden die unmittelbaren Auswirkungen der cash-crops-Produktion dargestellt. Diese Schwerpunktsetzung ist mit der Geschichte der beteiligten Solidaritätsorganisationen zu erklären. Zwar war es Anliegen in der Öffentlichkeitsarbeit die Weltmarktstrukturen zu erklären, aber der Blick in den analysierten Texten ging selten über die unmittelbaren Produktions- und Handelsbedingungen hinaus. Ihre Schwerpunkte setzen sowohl die kooperierenden Organisationen als auch die beiden Dossiers, aus denen die Artikel der Feinanalyse stammten, auf ähnliche Weise. Festzustellen war zudem, dass im Dossier 2000/22 „Bananen“ Frauen- und Umweltthemen mehr Bedeutung zukam als im Dossier 1992/2 „Kaffee“. Erklärbar ist das durch das Aufkommen von Modethemen, welche auch Ulrich Menzel feststellte. Seiner Ansicht nach kamen nach der Krise der Großtheorien Ende der 1980er Jahre Themen zur Ökodebatte, zur Feminismusdebatte und zur Kultur in Westeuropa und Nordamerika auf, und wurden dann auf die so genannten Entwicklungsländer übertragen (Menzel 1995: 43).

Im Dossier „Kaffee“ wurden die Produktionsbedingungen vermehrt unter dem Aspekt der Produktionsorganisation behandelt. Also wie sollte und wie wurde Kaffee produziert. Auf Plantagen oder als Kleinbauern, die sich zu Kooperativen zusammenschließen?

Im Dossier „Kaffee“ wurde auch mehr Gewicht auf die Vorstellung der alternativen Handelsorganisationen und deren Abgrenzung gegenüber Siegelorganisationen sowie gegenüber transnationalen Konzernen gelegt. Das

lässt sich mit der Entstehung des Vereins *Transfair* und der Debatte um den richtigen Handel erklären.

7.b.1. Produktionsbedingungen

Die Produktionsbedingungen auf den Bananenplantagen sowie in den verschiedenen Formen der Kaffeeproduktion nahmen viel Raum in den Texten der Feinanalyse ein. In den Artikeln herrschte Einigkeit, dass die Produktion auf den Plantagen und Großgrundbesitzungen unter schlechten Arbeitsbedingungen stattfand.

In der Ausgabe „Kaffee“ wurde viel über die Arbeitsorganisation diskutiert. Die Arbeit auf den Plantagen der Großgrundbesitzer wurde als die ungünstigste Form für die Arbeiter angesehen. Auf den Plantagen sei der Lohn miserabel und die Arbeit hart. Zudem stünden die Arbeiter unter ständiger Gefahr, entlassen zu werden. Die Großgrundbesitzer wurden als ausbeuterisch dargestellt. Sowohl in Nicaragua als auch in El Salvador war der Kaffeeanbau von Großgrundbesitzern eingeführt worden. Starke Landkonzentration kennzeichnete die Besitzverhältnisse zu Gunsten der Agro-Eliten. Auch hängen die Bürgerkriege beider Länder mit der Landkonzentration zusammen. Die Besitzverhältnisse wurden häufig zusammen mit den Produktionsbedingungen behandelt. Das Thema Großgrundbesitzer bot daher eine breite Angriffsfläche.

Die Kaffeeproduktion in Kooperativen war laut der Darstellung in den Agrar Dossiers sowohl in Nicaragua als auch in El Salvador das angestrebte Modell. Es entsprach den politischen Forderungen der *FSLN* und der *FMLN*. Die vorgestellten Kooperativen verfügten über soziale Einrichtungen und Programme, die es bei den Großgrundbesitzern nicht gab. Auch war die Entlohnung in den Kooperativen besser. Die kleinbäuerliche Produktion wurde zumeist in Verbindung mit Kooperativen dargestellt.

Die Artikel des Dossiers „Bananen“ behandelten die Produktionsbedingungen vorwiegend anhand der Bananenplantagen der großen Unternehmen. Hierbei konzentrierte sich die Darstellung der Großkonzerne auf deren Gewinnorientierung und die Ausbeutung der Arbeiter und der Umwelt.

Vor allem die übermäßige Pestizidanwendung, die Gesundheits- und Umweltschäden hervorruft, wurde angeklagt. Das Vorgehen von Unternehmen wie *Chiquita* und *Dole* wurde als verantwortungslos dargestellt und Änderung

gefordert, wie dieses Zitat aus einem Text des *Foro Emaús* darlegt: „Die Schäden durch die Vergiftung der Böden, der Flüsse, des Trinkwassers, der Luft, der Menschen [und der] Tiere sind neben den herrschenden Ungerechtigkeiten im Sozial- und Arbeitsbereich Anzeichen dafür, daß die Produktion eine tiefgreifende Änderung erfahren muß, damit sie sozial gerecht und umweltverträglich werden kann“ (Foro Emaús 2000: 82).

7.b.2. *Handel*

Der Handel, der von transnationalen Unternehmen geprägt ist, wird in allen Texten als auf Gewinn orientiert und ausbeuterisch gebrandmarkt. Deshalb sollte diese Art des Handels umgangen werden. Als Alternative wurden verschiedene Organisationen des fairen Handels vorgestellt. In fast allen Fällen präsentierten sich die Organisationen selbst oder wurden von anderen Gruppen, die sich dem alternativen Handel verschrieben haben, vorgestellt. In einer Reihe an Texten in den BUKO ADs, die ausschließlich die Selbstdarstellung zum Ziel hatten, konnten diese ihre Ansichten und Annahmen darlegen. Fast alle Organisationen entstanden aus der Solidaritätsbewegung und hatten sich der Öffentlichkeitsarbeit und der politischen Unterstützung der Produzenten verschrieben. Der alternative Handel diene auch der wirtschaftlichen Unterstützung der Bevölkerung, des Landes mit dem sich die Gruppen solidarisch zeigten. Der Abgrenzung von den Siegelorganisationen und der Kritik an diesen wurde in den Dossiers als auch in den Texten selbst viel Bedeutung beigemessen. Diese Abgrenzung vom kommerzialisierten fairen Handel erschien als ein wichtiges Identifikationskriterium. Das folgende Zitat unterlegt diese Art der Selbstdarstellung im Rahmen der *Kaffeeekampagne El Salvador*: „Und hier unterscheiden wir uns von den „Gütesiegel-Gruppen“: Stärkung der Position der ProduzentInnen kann für uns nur über die Schwächung der Profiteure – hier die Konzerne, dort die Kaffeeoligarchie – geschehen“ (KKES 1992: 35).

Der alternative Handel der verschiedenen Gruppen wurde als Handlungsmöglichkeit der Konsumenten vorgestellt. Er wurde als Lösung zu den ungerechten Weltmarktstrukturen betrachtet und nur an einer Stelle in den Agrar Dossiers minimal hinterfragt. Rudi Pfeifer erwähnte, dass auch „der faire Handel mit oder ohne Siegel (...) nicht frei von Widersprüchen“ sei (Pfeifer 2000: 96). Pfeiffer

ging aber auf diese nicht näher ein. Kritik galt vor allem den Siegelorganisationen, die das System des alternativen Handels untergraben würden, indem sie die Produkte ohne Information an die Konsumenten weitergeben. Zudem fehlte bei den Siegelorganisationen die politische Unterstützung der Produzenten und Änderungen des Welthandelssystems würden nicht ausreichend behandelt. Initiativen des alternativen Handels und deren Praxis wurden in den analysierten Texten weder hinterfragt noch kritisiert. Damit wurde ein positives Bild dieser geschaffen, was als Handlungsanweisung zum Konsum dieser Produkte zu verstehen ist.

7.b.3. Ideologische Fragen

Neben den Fragen nach dem fairen Handel stellen sich selten andere ideologische Fragen. Wenn dies aber doch der Fall war, so hauptsächlich in der Ausgabe „Kaffee“. Darin wurde die Frage erörtert, ob strukturelle Veränderungen im bestehenden System oder eine Revolution und die Suche nach einem Dritten Weg von Nöten wären. Zumeist vertraten die Autoren die Ansicht, dass strukturelle Änderungen der realistische Weg, der notwendigerweise gegangen werden muss, sei. Die *Kaffeeekampagne El Salvador* rief in einem Text dazu auf, eine Alternative zum bestehenden System zu finden: „Die Suche nach Alternativen zum Neoliberalismus muß Anhand der Realitäten in den Ländern gemeinsam mit den Gewerkschaften, Kooperativenverbänden und der *FMLN* undogmatisch fortgeführt werden“ (KKES 1992: 48). Allerdings gilt zu beachten, dass dieser Artikel 1992 erschien und die ARENA-Regierung bereits 1989 zu einem neoliberalen Kurs in El Salvador übergegangen war.

Die meisten Artikel, die von Solidaritätsorganisationen verfasst wurden, waren insofern ideologisch motiviert, zumal sie der Unterstützung einer bestimmten Personengruppe, wie etwa den sandinistischen Kooperativen, dienen sollten.

7.b.4. Moral und Gewissen

Moralische Anklagen sind hingegen eher in der Ausgabe „Bananen“ zu finden. Diese richteten sich gegen die transnationalen Konzerne und deren Umgang mit

Pestiziden, die gesundheitliche Schäden bei den Arbeitern und Umweltverschmutzung verursachten.

Gewissensfragen stellten sich häufig im Zusammenhang mit der Debatte um den „richtigen fairen Handel“. Die Solidaritätsgruppen warfen den Konzernen vor, sich mit der Vermarktung von Fair-Trade-Produkten „in den Markt des „fair gehandelten Kaffees“ einzukaufen“, um das schlechte gegen ein gutes Gewissen zu tauschen (Informationsbüro Nicaragua 1992: 33).

7.b.5. Solidarität

Das Thema Solidarität schwang in einer Vielzahl der Texte in den BUKO Agrar Dossiers mit. Sie war aufgrund der Entstehung und Aufgaben der kooperierenden Organisation von Bedeutung. Diese Organisationen kamen aus der Solidaritätsarbeit. Aufrufe oder Appelle an die Leser, sollten solidarisches Handeln veranlassen und unterstützen. Folgendes Beispiel entnahm ich einem Text von Rudi Pfeiffer, dem Geschäftsführer von *BanaFair*: „Gewerkschaften, Kleinbauern und Umweltorganisationen in den Produktionsländern finden sich längst nicht mehr mit den oligopolen Machstrukturen von *Chiquita, Dole, Del Monte & Co.* ab. Aber die brauchen die Solidarität der KonsumentInnen“ (Pfeiffer 2000: 54).

Die BUKO Agrar Dossiers versuchen die Lesenden mit Hilfe der beschriebenen sprachlichen Mittel zu solidarischem Handeln zu bewegen um so eine alternative zu den bestehenden Strukturen zu schaffen.

8. Forschungsausblick

Die Bedeutung der Solidaritätsszene für Nicaragua und El Salvador kam in meiner Arbeit viel zu kurz. Ich habe nur jene Gruppen erwähnt, die dazu übergegangen waren, durch bevorzugten Handel ihre Solidarität zum Ausdruck zu bringen. Die Entstehung der Solidaritätsgruppen, deren gesamtes Betätigungsfeld und vor allem deren spätere Entwicklungen wären von weiterführendem Interesse. Was sind die Unterschiede und was die Gemeinsamkeiten der Ländersolidaritäten? Wie und warum unterscheidet sich die Nicaragua Solidarität von jener zu El Salvador? Warum blieb die Solidarität mit Nicaragua so lange erhalten und warum verebbte so viel Engagement, das sich auf El Salvador gerichtet hatte? Auch ein Blick über Nicaragua und El Salvador hinaus wäre in Bezug auf die Solidaritätsgruppen lohnenswert. Wie gestaltete sich die Solidaritätsarbeit mit Guatemala? Was sind die Umstände, dass Honduras, Panama und Costa Rica Entwicklungen hatten, die zu keiner so stark ausgeprägten Solidaritätsszene führte?

Die Enklavenökonomien Mittelamerikas kamen in meiner Arbeit lediglich als thematischer Rahmen vor. Diese haben die wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen der mittelamerikanischen Länder deutlich geprägt. Die Integration in den Weltmarkt fand sowohl in El Salvador als auch in Nicaragua über die Einführung und die Etablierung des Kaffeeanbaus statt. Die Einführung der Bananenproduktion verlief unter anderen Vorzeichen, ebenso die Produktion selbst. Beim Kaffeeboom waren die nationalen Eliten maßgeblich beteiligt. In der Bananenproduktion waren von Anfang an international operierende Konzerne im Spiel, allen voran die *United Fruit Company*. Um der historischen Frage nach den Ursprüngen des am Weltmarkt orientierten Produktion von tropischen Früchten nachzugehen, müsste auf Langzeit-Länderstudien zu Honduras, Guatemala und Costa Rica eingegangen werden. Diese könnten eine Vergleichsgrundlage bieten, um die verschiedenen Entwicklungen - Unterschiede sowie Gemeinsamkeiten bei den Produktionsbedingungen in mittelamerikanischen Enklavenökonomien heraus zu arbeiten.

Da mein Analysegegenstand ein entwicklungspolitisches Medium war, habe ich keine Vergleiche mit anderen Medien der entwicklungspolitischen Öffentlichkeitsarbeit angestellt. Folgende vergleichende Fragen könnten weiterführend gestellt werden: Wenden andere entwicklungspolitische Medien in der Darstellung die gleichen Stereotype an? Geben sie die gleichen Handlungsanleitungen? Setzen sie andere thematische und/oder Länderschwerpunkte?

Aus dem gleichen Grund kam die Frage nach der entwicklungspolitischen Öffentlichkeitsarbeit zu kurz. Anhand nur eines Mediums konnten viele Fragen nicht bearbeitet werden. Wie werden Handlungsanleitungen gegeben? Werden die gleichen oder ähnliche sprachliche Mittel wie in den BUKO AD verwendet? Werden diese vom Zielpublikum angenommen? Auf welchen Annahmen basieren sie? Ist die Unterscheidung haltbar, dass Organisationen des alternativen Handels Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit betreiben und die Siegelorganisationen im gleichen Maße wie transnational agierende Konzerne fairen Handel nur als Werbung einsetzen?

Eine weitere Forschungsfrage, die ich nicht beantworten konnte, ist wie entwicklungspolitische NGOs politischen Einfluss ausüben. Welche Methoden gibt es, um politische Ziele zu erreichen? Wie betreiben NGOs Lobbyismus? Wie unterscheidet sich deren Vorgehen vom klassischen Wirtschaftslobbyismus? Wie werden entwicklungspolitische Kampagnen geführt? Welche Rolle kommt der Öffentlichkeit und der Öffentlichkeitsarbeit zu?

9. Zusammenfassung

Zu Beginn meiner Arbeit stand die Frage, welche Themen den Diskurs der von mir analysierten BUKO Agrar Dossiers (=AD) bestimmen und ob Handlungsanweisungen in den Texten verpackt sind, falls ja welche. Ich wählte unter den BUKO ADs jene Ausgaben, die sich hauptsächlich mit cash crops aus Lateinamerika befassten. Das waren die Ausgaben „Kaffee“ und „Bananen“ aus den Jahren 1992 und 2000. Die *BUKO Agrar Koordination*, die Herausgeberin der ADs, kooperierte in der Erstellung der einzelnen Ausgaben mit spezialisierten NGOs. Im Fall der ausgewählten Ausgaben waren es die *Kaffeekampagne El Salvador*, das *Informationsbüro Nicaragua* und *BanaFair*. Diese Organisationen stammten aus der Solidaritätsbewegung zu Nicaragua und El Salvador. Deshalb beschränkte ich meine Analyse vorwiegend auf diese Länder.

Ich ging der Frage nach, wie die Eigenschaften der Solidaritätsorganisationen, die ihre Aufgabe in der Öffentlichkeitsarbeit sehen, den Diskurs der BUKO ADs bestimmten. Hierzu erörtere ich die Eigenschaften der entwicklungspolitischen Öffentlichkeitsarbeit und jene der Solidaritätsgruppen. Diese verkauften im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit alternativ gehandelte Produkte, um anhand derer über die ausbeuterischen Produktionsbedingungen und die ungerechten Weltmarktstrukturen zu informieren. Der Handel vollzog sich mit einem Mehrpreis und diente der materiellen und politischen Solidarität.

Bei der Feinanalyse einzelner Artikel konnte ich die Themen dieses spezifischen Solidaritätsdiskurses heraus arbeiten, so wie die sprachlichen Mittel erkennen. Das Hauptaugenmerk lag auf den Produktionsbedingungen. Die Integration der Produktionsländer in den Weltmarkt und das Funktionieren der Enklavenökonomien wurden trotz der Ankündigung in den BUKO ADs „über die ungerechten Weltmarktstrukturen“ zu informieren, nur am Rande behandelt. Mittels stereotypisierender Darstellung wurden Großgrundbesitzer und transnationale Konzerne als Schuldige der Fehlentwicklungen benannt. Aus dieser Darstellung lies sich die Handlungsanweisung lesen, alternativ gehandelte

Produkte, und nicht Produkte der transnationalen Konzerne, die mit den Siegelorganisationen des fairen Handels kooperieren, zu kaufen.

Summary

I started screening the articles of the BUKO Agrar Dossiers (=AD) in order to find out whether they give any instructions on how to act, and in case there were any, of what kind. Thereby I concentrated only on the editions of BUKO ADs which mainly deal with cash crops from Latin-America, namely the edition of 1992 “Kaffee” and the edition of 2000 “Bananen”. The editor of the BUKO ADs, the *BUKO Agrar Koordination*, had cooperations with specialized NGOs, which partly delivered articles of the journal. In case of the chosen editions these NGOs were *Kaffeekampagne El Salvador*, *Informationsbüro Nicaragua* and *BanaFair*. Due to the fact that these solidarity NGOs mainly focus on El Salvador and Nicaragua I did so as well.

I figured out how the special characteristics of the solidarity groups involved, which principally focus on public relations, affect the discourse in the BUKO ADs. Therefore I discussed the characteristics of development related public relations and the characteristics of the solidarity groups. Named groups vend fair trade products adding information about the exploitative conditions of production and the unfair world trade system in order to inform consumers about these problems.

In the analysis of the articles I found the subjects of the special solidarity discourse and pointed out linguistic instruments. It resulted that the articles concentrate primarily on conditions of production. Despite the announcement in previous editions of ADs to give information about the integration of the affected countries in the world market, this matter was hardly ever discussed. Through stereotypic illustration big land owners and transnational corporations were made responsible for nearly all aberrations, which led to the proposal to buy only fair trade products without any connection to transnational corporations and seal groups like *Transfair*.

Literatur

1. Primärquellen der Diskursanalyse

Findel, Ulrich 1992: Dominkanische Republik: Warum Kaffeebauern eine Kooperative gründen. BUKO Agrar Dossier 2, 36-37

Informationsbüro Nicaragua 1992: Ein Geist geht um in Europa – Alternativer Kaffeehandel heute. BUKO Agrar Dossier 2, 33

Informationsbüro Nicaragua 1992: „Die Kriterien der Produzenten berücksichtigen!“ BUKO Agrar Dossier 2, 41-43

Kaffee-Kampagne El Salvador 1992: Die Kaffee-Kampagne El Salvador. BUKO Agrar Dossier 2, 35

Kaffee-Kampagne El Salvador 1992: Die Kaffeekrise in El Salvador und ihre Opfer. BUKO Agrar Dossier 2, 46-48

Knirsch, Jürgen 2000: Exportierte Unfruchtbarkeit. Sterilität und Mißbildungen durch das Wurmgift DBCP. BUKO Agrar Dossier 22, 33-38

Lipper, Hella 2000: Nicht länger übergangen. Frauen in den Bananenplantagen fordern ihre Rechte. BUKO Agrar Dossier 22, 29-32

Maráz, László und Knirsch, Jürgen 2000: Pestizidregen und Plastikmüll. Wie umweltfreundlich sind Costa Ricas Bananenplantagen? BUKO Agrar Dossier 22, 39-43

Pfeifer, Rudi 2000: Fairer Handel(n). Alternativen für kritische KonsumentInnen. BUKO Agrar Dossier 22, 91-96

Proske, Matthias 1992: El Salvador: Zur Geschichte der Kaffeeanbaus. BUKO Agrar Dossier 2, 44-45

Sprenger, Ute 2000: Chiquitas' „Better Banana Projekt“. BUKO Agrar Dossier 22, 100

2. Sekundärliteratur

Altwater, Elmar und Brunnengräber, Achim (2002): NGOs im Spannungsfeld von Lobbyarbeit und öffentlichem Protest in: Politik und Zeitgeschichte B 6-7/2002, 6 - 14

http://www.bpb.de/publikationen/53HM9R,0,0,NGOs_im_Spannungsfeld_von_Lobbyarbeit_und_%F6ffentlichem_Protest.html [01.07.2008]

Avenarius, Horst 1995: Public Relations: Die Grundform der gesellschaftlichen Kommunikation. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft

Buchner, Michael; Friedrich, Fabian und Kunkel, Dino 2005: Zielkampagnen für NGO: Strategische Kommunikation und Kampagnenmanagement im Dritten Sektor. Münster und Wien: LIT Verlag, 209-229

Boris, Jean-Pierre 2005: (Un)fair Trade. Das profitable Geschäft mit unserem schlechten Gewissen. München: Goldmann Verlag (deutsche Erstausgabe 2006)

Dritte-Welt- Informationszentrum 1994⁸: Aktionshandbuch Dritte Welt. Stuttgart: Schmetterling Verlag

Eberlei, Walter 2002: Entwicklungspolitische Nicht-Regierungsorganisationen in Deutschland. Euphorie, Ernüchterung; Erneuerung. In: Politik und Geschichte B6-7/2002, 23-28

Eberlei, Walter 2005: Entwicklungspolitik *fair*-ändern. Zivilgesellschaftliche Kampagnen in Deutschland. In: Brunnengräber/Klein/Walk (Hrsg.): NGOs im

Prozess der Globalisierung. Mächtige Zwerge – umstrittene Riesen. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (Buchhandelsausgabe Wiesbaden: VS für Sozialwissenschaften), 386 – 416

Eszlinger, Norbert 2004: Northern Based Development NGOs zwischen politischer Kooperation und Konfrontation. Ein strategischer Balanceakt. Frankfurt am Main: IKO – Verlag für Interkulturelle Kommunikation

Hanak, Irmi 2003: Entwicklung kommunizieren: Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit In: Abreu Fialho Gomes, Bea de/ Hanak, Irmi/ Schicho, Walter (Hg.) Die Praxis der Entwicklungszusammenarbeit. Akteure, Interessen und Handlungsmuster. Wien: Mandelbaum, 89 - 111

Jäger, Margret 1996: Fatale Effekte. Die Kritik am Patriarchat im Einwanderungsdiskurs. Materialband: Duisburg

Jäger, Siegfried 2004⁴: Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung. Edition DISS. Münster: Unirast

Jäger, Siegfried 2000: Theoretische und methodische Aspekte einer Kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse. (überarbeiteter Fassung). In: Keller, Reiner/ Hirsland, Andreas/ Schneider, Werner/ Viehöver, Willy (Hg.): Handbuch Sozialwissenschaftlicher Diskursanalyse, Opladen (Leske + Budrich)
http://www.diss-duisburg.de/Internetbibliothek/Artikel/Aspekte_einer_Kritischen_Diskursanalyse.htm [09.07.2008]

Keller, Reiner 2004²: Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Klein, Angsar/ Walk, Heike/ Brunnengräber, Achim 2005: Mobile Herausforderungen und alternative Eliten. NGOs als Hoffnungsträger einer demokratischen Globalisierung? In: Brunnengräber, Achim /Klein, Angsar/ Walk, Heike (Hg.): NGOs im Prozess der Globalisierung. Mächtige Zwerge –

umstrittene Riesen. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (Buchhandelsausgabe Wiesbaden: VS für Sozialwissenschaften), 10 – 77

Kraler, Albert/ Jacopino Thomas o.A.: Die Macht des Diskurses – Michel Foucault. Nachlese: http://evakreisky.at/onlinetexte/nachlese_diskurs.php [13.07.2008]

Leif, Thomas/ Speth, Rudolf 2006: Die fünfte Gewalt – Anatomie des Lobbyismus in Deutschland In: Leif, Thomas/ Speth, Rudolf (Hg.) 2006: Die fünfte Gewalt. Lobbyismus in Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 10-36

Menzel, Ulrich 1995³: Geschichte der Entwicklungstheorie. Einführung und systematische Bibliographie. Hamburg: Deutsches Übersee-Institut, 1-50

Pinter, Christian 1989: Entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit. Staatlich und staatlich geförderte entwicklungspolitische Öffentlichkeitsarbeit in Österreich zwischen 1979 und 1987. Universität Wien. Ungedruckte Dissertation

Rainer, Andrea 2000: Die Öffentlichkeitsarbeit entwicklungspolitischer Nicht-Regierungs-Organisationen. Universität Salzburg. Ungedruckte Diplomarbeit.

Scharlowski, Boris 1995: Chancen und Grenzen des Fairen Handels am Beispiel der Bananen In: Peripherie – Zeitschrift für Politik und Ökonomie in der Dritten Welt Nr. 59/60. 1995, 140-154

Schetting, Gerd 1994: Bildungsarbeit versus Öffentlichkeitsarbeit In: Das Fremde zwischen Vereinnahmung und Ausgrenzung. Bonn: Götzky-Drucke GmbH, 11-15

Senghaas, Dieter 1977: Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik. Plädoyer für Dissoziation. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 189-202

Wimmer, Jeffrey im Interview: „Professionelle PR ist ein zweischneidiges Schwert. Unter: URL

www.bpb.de/themen/YOMP36,0,0,Profesionelle_PR_ist_ein_zweischneidiges_Schwert.html [02.07.2008]

3. Internetseiten

www.banafair.de [01.08.2008]
www.bukoagrار.de [14.08.2008]
www.cafe-cortadora.de [12.08.2008]
www.drittelwelthaus-frankfurt.de/gruppen/kaffee/kaffeek.htm [12.08.2008]
www.fairtrade.net/ [16.09.2009]
www.fian.de [17.09.2008]
www.foroemais.org/ [16.09.2008]
www.germanwatch.org [17.09.2008]
www.informationsbuero-nicaragua.org [17.09.2008]
www.lateinamerikanachrichten.de/?/artikel/1915.htm [31.07.2008]

4. Bis 2007 erschienene BUKO Agrar Dossiers

1992/1 „Zucker“	1998/21 „Fast Food“
1992/2 „Kaffee“	2000/22 „Bananen“
1993/11 „Landwirtschaft in Indonesien“	2000/23 „Milch“
1994/12 „Gentechnik“	2000/24 „Tabak“
1995/13 „Hanf“	2002/25 „Biologische Vielfalt“
1995/14 „Welternährung“	2003/26 „Reis“
1995/15 „Futtermittelimporte“	2007/27 „Agrobiodiversität“
1995/16 „Kakao“	
1996/17 „Frauenwelten, Weltfrauen, Weltfrauenkonferenzen“	
1997/18 „Welthandel“	
1998/19 „Soja“	
1998/20 „Saatgut“	

Anhang

Lebenslauf

Geburtsort und –datum

Wien, 25.08.1983

Ausbildung

Seit März 2003	Individuelles Diplomstudium an der Universität Wien Internationale Entwicklung
1994 – 2002	Gymnasium Franklinstrasse 21, Wien 21

Praktische Erfahrungen und Auslandsaufenthalte

05 - 06/08	Redaktionspraktikum bei der entwicklungspolitischen Zeitschrift iz3w (Informationszentrum 3.Welt) in Freiburg im Breisgau, Deutschland
04/07 – 01/08	Deskstudien für den vidc (Wiener Institut für Dialog und Zusammenarbeit) zu den Themen „Gender und Konflikt“ und „Gender und Landrecht“ jeweils in El Salvador
10/06 – 01/07	Praktikum bei der Menschenrechtsorganisation CEJIL Mesoamerica (Centro por la justicia y el derecho internacional) in San José, Costa Rica
02 – 06/05	Erasmussemester an der Universidad de Salamanca, Facultad de Geografía e Historia, Salamanca, Spanien